
H 8040 F
ISSN 1619-1404
30. Jahrgang
Nummer 177
März | April 2019
3,50 Euro
#Kommunalwahlen
Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzi
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leip
ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG
A.C.A.B.
der rechte rand
magazin von und für antifaschistInnen

Auch in Mecklenburg-Vorpommern sind am 26. Mai 2019 Kommunalwahlen. Vieles hat sich verändert, vieles auch nicht. Das Titelbild zeigt einen Bürger im Plattenbau beim Interview 2003. »Angst in Anklam« war der damalige Titel der Reportage in der »Welt am Sonntag«. Photo: Mark Mühlhaus / attenzione

Inhalt und Editorial

Vor Ort rechts #Kommunalwahlen **Seite 3**

Unter Beobachtung #JungeAlternative **Seite 4**

Extrem rechter Nachwuchs #JANiedersachsen **Seite 6**

kurz & bündig I **Seite 7**

»Am Katzentisch in der letzten Reihe« #AfDNiedersachsen **Seite 8**

Stimmung und Schulung #AfDimBundestag **Seite 10**

Ikarus in Magdeburg #Poggenburg **Seite 12**

In der rechten Mitte #Patzelt **Seite 14**

Der Westen als Feind #Ochsenreiter **Seite 16**

Steuergelder? #DerFlügel **Seite 18**

kurz & bündig II **Seite 21**

Waffen-Lobby #Aufrüsten **Seite 22**

»Terrorcrew«, aber keine kriminelle Vereinigung #WeißeWölfe **Seite 24**

Die Angriffe. Die Ermittlungen. Das Urteil. #Aryans **Seite 26**

Erinnern und Verdrängen #Tschechien **Seite 28**

Rezensionen **Seite 30**

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

»getroffene Hunde bellen« heißt es umgangssprachlich und bei der extremen Rechten ist das wohl ähnlich. Seit Monaten versuchen sich die »Alternative für Deutschland« (AfD), Burschenschaften und deren Dunstkreis in Juristerei. Nach dem Vorbild der »Freiheitlichen Partei Österreichs« wollen sie unliebsame Stimmen mundtot machen – bisher aber vergebens.
Stattdessen erstritten wir zuletzt gegen die »Bürgerrechtlerin« und AfD-Fürsprecherin Vera Lengsfeld einen Sieg auf ganzer Linie. Nachdem sie öffentlich behaupte hatte, unser ehrenamtliches Magazin würde von Steuergeldern finanziert, musste sie zurückrudern und eine Unterlassungserklärung unterzeichnen. Diese Fakenews darf sie nicht weiter verbreiten. Umgekehrtes in der Causa www.afd-im-bundestag.de. Die Rechtsaußenfraktion wollte die Internetadresse gerichtlich einfordern, auf der wir über die Machenschaften der AfD berichten. Doch seitdem herrscht Schweigen im Walde, wir haben überwältigenden Zuspruch und Unterstützung erfahren und es bleibt dabei: #wirunterlassennicht! Die Klage der AfD gegen Nathan Mattes führte ebenso zu einer Welle der Solidarität. Wenngleich er in diesem Rechtsstreit unterlag, gibt er nicht klein bei und dokumentiert nun auf www.das-ist-afd.de die menschenverachtenden Aussagen von AfD-PolitikerInnen.
Von staatlicher Seite werden antifaschistische und kritische Vereine ins Visier genommen. In Nordrhein-Westfalen drohen Finanzämter der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« mit dem Verlust der Gemeinnützigkeit. »Attac« hat dies bereits ereilt. Sie seien zu politisch, oder vielmehr zu links. Wie auch die »Rote Hilfe«, die Bundesinnenminister Horst Seehofer in seinem stetigen Rechtsdrall verbieten lassen will. Zur Erinnerung: Zuletzt wurde die Rechtshilfeorganisation 1933 von den Nazis verboten. Während all diese Vereine gegenwärtig um ihre Existenz bangen müssen, bleiben rechte HetzerInnen wie »Journalistenwatch« oder die UmsturzphantastInnen von »Uniter« unangetastet.
Antifaschistischer Gegenwind kommt indes von der Wochenzeitung »Kontext«. In zweiter Instanz gewann das Blatt vor dem Oberlandesgericht Karlsruhe einen Prozess gegen den Burschenschafter und AfD-Mitarbeiter Marcel Grauf. Dieser wollte verhindern dass er, seine Nazi-Chatmitteilungen und frühere NPD-Mitgliedschaft öffentlich erwähnt werden. Ähnliches versuchte er unlängst gegen unser Magazin durchzusetzen. Wir sollten nicht mehr berichten, dass Grauf der »Marburger Burschenschaft Germania« angehöre, denn das sei eine »persönliche Angelegenheit«. Doch an der Mitgliedschaft eines AfD-Mitarbeiters in einer extrem rechten Organisation ist rein gar nichts privat und daher werden wir auch an dieser Stelle nicht klein beigeben und weiterhin Klartext schreiben. Wir sind der Meinung, es ist gut, sich zu wehren; auf der Straße, im Internet, in der Schule, überall. Und ja, auch juristisch müssen wir gegen Fakenews und rechte Hetze kämpfen.

Eure Redaktion

#Kommunalwahlen

Vor Ort rechts

In Europa, in den Landtagen und in den Kommunen: Bei den Wahlen Ende Mai 2019 wird die radikale Rechte gestärkt. Der Rechtsruck bei den Kommunalwahlen wird bisher übersehen.

von Ernst Kovahl

Kommunalwahlen

Das Urteil des Verwaltungsgerichts in Köln kam rechtzeitig. Rechtzeitig vor der Europawahl, rechtzeitig vor den Landtagswahlen in Bremen, Brandenburg, Sachsen und Thüringen und vor allem rechtzeitig vor den Kommunalwahlen in neun Bundesländern. Die Entscheidung war für den offen neofaschistischen Flügel der AfD ein Ritterschlag und für die Partei eine Entlastung. Denn parallel zu den Europawahlen Ende Mai werden bundesweit Tausende ÄrztInnen, RechtsanwältInnen, EinzelhändlerInnen, SoldatInnen, BeamtInnen und Angestellte – kurz: die ordentliche Mitte der Gesellschaft – für die AfD zur Wahl antreten. Überall dort, wo die AfD antritt, wird sie gewählt werden. Die Zustimmung ist trotz aller Spenden- und Nazi-Skandale ungebrochen. Den schlechten Ruf von Neonaziparteien hat die AfD nicht, obwohl sie sich politisch inzwischen oft nur noch wenig von ihnen unterscheidet. Die neue Rechtspartei ist angekommen in der Bundesrepublik, sie ist normal. Vielleicht hätte der Makel der offen benannten »Verfassungsfeindlichkeit« noch für einen Rest an Anrüchigkeit gesorgt: Ist wirklich wählbar, wer vom Geheimdienst überwacht wird? Und sollte für sie wirklich kandidieren, wer in dieser Gesellschaft noch etwas werden will? Die Justiz hat eine eindeutige Antwort gegeben: Ja, die Partei mag rechtsradikal sein, aber das soll der Staat nicht sagen. Das Signal ist deutlich, ob gewollt oder ungewollt: Die AfD ist Bestandteil der guten Gesellschaft.

Auf dieser Welle von rechten Einstellungen und Rassismus, ausbleibender Gegenwehr und wachsender Normalität wird die radikale Rechte am 26. Mai 2019 gestärkt ins Europaparlament einziehen. Sie wird in wenigen Wochen darüber hinaus mit Hunderten, wenn nicht Tausenden VertreterInnen in den Stadträten, Gemeinderäten und Kreistagen sitzen. Die Verankerung vor Ort ist für die dauerhafte Etablierung einer Partei lebenswichtig. Sie war für den Aufstieg der NSDAP ein Baustein des Erfolgs. Die NPD und all die anderen Formationen der radikalen Rechten scheiterten an dieser Aufgabe, und so als Wahlpartei auch in den Ländern. Ihnen gelang bisher nie, sich flächendeckend als politische Organisation im engen Lebensumfeld der Menschen festzusetzen, als »Kümmerer« und AnsprechpartnerInnen vor Ort. Doch das ist nun anders, machen wir uns keine Illusionen. Denn überall dort, wo die AfD Ende Mai antritt, wird sie mit guten Ergebnissen gewählt werden. Die Zustimmung für die Partei in den vergangenen Landtags- und Bundestagswahlen dürfte in der Tendenz übertragbar sein. Bei den letzten vergleichbaren Kommunalwahlen vor vier beziehungsweise fünf Jahren war die AfD noch schwächer – in den Zustimmungswerten, aber vor allem in ihrer Personal- und KandidatInnendecke. Denn bei Kommunalwahlen ist für den Erfolg entscheidend, ob es einer Partei gelingt, überall ausreichend Menschen auf ihre Listen zu bringen: Wo sie nicht antritt, kann sie auch nicht gewählt werden. Doch wo sie mit den derzeitigen Zustimmungswerten ins Rennen geht, werden ihre Leute fast unbesehen ihrer Qualitäten in die Kommunalparlamente entsandt.

Der Einzug in den Bundestag 2017 war eine Zäsur, aus der die Gesellschaft noch hätte lernen können. Zudem hätten alle durch soziologische Erhebungen (beispielsweise »Deutsche Zustände«, »Thüringen Monitor«, »Leipziger Autoritarismusstudie«) und die Erfahrungen im europäischen Ausland gewarnt sein können. Das Festsetzen in Rathäusern, Verwaltungen und Kommunalparlamenten ist nun also der nächste Schritt - die Etablierung als politische Kraft vor Ort. Erst einmal in den Räten, doch bald auch als DezernentInnen oder gar BürgermeisterInnen. Wenn die Partei künftig einmal bei ein oder zwei Wahlen scheitern sollte, was wird das noch ausmachen? Nur noch wenig, denn die Strukturen vor Ort sind inzwischen gefestigt, der Funktionärskörper ausreichend breit – fester und größer allemal, als es die NPD oder »Die Republikaner« je waren. Die radikale Rechte wird flächendeckend Einfluss auf die Kommunalpolitik nehmen können, wenn sie sich klug anstellt. Kommunalpolitik, das klingt nach wenig, ist aber viel: Sozial- und Kulturpolitik, Stadt- und Bauentwicklung, lokale Gedenk- und Geschichtspolitik, Kitas, Jugendförderung und Schulpolitik, Intregration, lokale Ordnungspolitik – sowie unzählige Grußworte auf Schützenfesten, bei der Feuerwehr, im Sportverein und auch recht bald als ganz normaler politischer Akteur für die Lokalblätter. Klar ist: Die Arbeit in den Institutionen hat die Radikalität der AfD nicht abgeschliffen. Das wird sich auch in den Kommunalparlamenten nicht ändern. Die Partei schafft es, Politik zu machen, Themen zu setzen und immer wieder Machtfragen aufzuwerfen. Die AfD hat die Republik verändert, und wird sie weiter verändern.

Unter Beobachtung

von David Janzen



»Deutschland braucht dich!« prangt auf einem Rollup-Banner beim Bundeskongress der »Jungen Alternative« am 17./18. Februar 2019 in Magdeburg. Im Hintergrund das »Eiserne Kreuz« der Quadriga auf dem Brandenburger Tor. Daneben ein Zitat des ersten Reichskanzlers Otto von Bismarck – »Wo das Müssen beginnt, hört das Fürchten auf« – und dessen Konterfei mit Pickelhaube und ein Banner mit der Aufschrift »Generation Nation«. Damit ist auch schon der Rahmen abgesteckt, in dem der Nachwuchs der »Alternative für Deutschland« (AfD) sich bewegen will: Rückwärtsgewandte Symbolik und Traditionen aus dem Kaiserreich sind ok, ein bisschen Anlehnung an die »Génération Identitaire« auch. Und jede allzu völkisch, nationalistisch und menschenrechtsfeindlich klingende Programmatik will man hier einmal mit Weichspüler waschen, in der Hoffnung, auf diese Weise der Beobachtung durch den Verfassungsschutz die Grundlage zu entziehen. Man zeigt demonstrative Einigkeit und dementsprechend lau sind die sonst bei JA-Bundeskongressen durchaus hitzig geführten Debatten. Mit 81 Prozent der Stimmen und ohne GegenkandidatInnen wird der bisherige Bundesvorsitzende Damian Lohr, der für die AfD im Landtag von Rheinland-Pfalz sitzt, wiedergewählt. Die anwesende Parteiprominenz stärkt dem Parteinachwuchs demonstrativ den Rücken: »Ich sehe hier keine Verdachtsfälle, ich sehe hier junge Menschen, die engagiert sind«, so Martin Reichert, Parteichef der AfD Sachsen-Anhalt zu den Anwesenden. Er wünscht sich eine Parteijugend, die auch künftig »rebellischer« und »provokanter« auftritt als die Mutterpartei. Von einer etwaigen Auflösung oder Ablösung von der AfD ist hier heute keine Rede.

Aktionismus für die Öffentlichkeit

Noch vor wenigen Wochen war das noch ganz anders, eine gewisse Panik machte sich breit: Kaum hatten die Innenminister von Bremen und Niedersachsen im August und September 2018 angekündigt, künftig die »Junge Alternative« in ihren Bundesländern mit geheimdienstlichen Mitteln beobachten zu wollen, da forderte die Bundes-AfD die Auflösung der beiden Landesverbände der Parteijugend. Die Angst ging um, die Beobachtung des Partei-Nachwuchses könnte Einfallstor für die Beobachtung der Gesamtpartei werden. Immerhin sind viele JAlerInnen gleichzeitig auch in der Mutterpartei in Ämtern; sind MandatsträgerInnen und Abgeordnete, oder arbeiten für die Fraktionen in Kommunen, Ländern und im Bundestag. Der Landesvorstand der AfD in Niedersachsen warnte im Herbst bereits vor ganz konkreten Folgen: »Beobachtet der VS eine Partei, verlassen in kürzester Zeit nahezu alle Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes diese Partei.« Im Landtag in Hannover kommen über die Hälfte der AfD-Abgeordneten aus dem Staatsdienst – ähnlich sieht es auch in anderen Bundesländern aus.

Auf einem eilig einberufenen JA-Bundeskongress Anfang November in Barsinghausen bei Hannover wurde dann auch die sofortige Auflösung der niedersächsischen JA beschlossen. Diese habe gegen die Ordnung der »Jungen Alternative« sowie gegen die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« verstoßen, hieß es zur Begründung. Zuvor äußerte der JA-Bundesvorsitzende Damian Lohr, die »Entscheidung der Landesämter für Verfassungsschutz Bremen und Niedersachsen« sei »nicht nachvollziehbar«, man wolle aber trotzdem eine Auflösung der Landesverbände allein »zum Schutze der Gesamtorganisation«. Zwei Wochen später verkündigte Lohr zudem, alle 150 Mitglieder aus Niedersachsen seien ganz aus dem Verband ausgeschlossen worden. Gegenüber dem Bremer Landesverband gab es gleichzeitig allerdings kaum Konsequenzen. Eine Kommission soll sich hier zunächst mit den Vorwürfen auseinandersetzen und auf dem nächsten JA-Bundeskongress einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen unterbreiten. Hier seien die Vorwürfe nicht so schwerwiegend wie in Niedersachsen, so ein Sprecher der »Jungen Alternative« gegenüber der Nachrichtenagentur dpa. Ob nun allerdings in Bremen, Niedersachsen oder in anderen Bundesländern: Überall gibt es zahlreiche Belege für Sympathien, Zusammenarbeit oder personelle Überschneidungen mit der »Identitären Bewegung« (IB), zu der es seit 2016 einen formalen Abgrenzungsbeschluss gibt. Auch in den »Leitlinien« für den Umgang mit vom »Verfassungsschutz beobachteten Organisationen«, die Bundesvorstand und Bundeskonvent 2017 verabschiedeten, ist die Rede davon, dass »keine Aktivitäten von Funktionsträgern, welche die Junge Alternative in Zusammenhang mit vom VS (Bundesamt und Landesämter) beobachteten Organisationen« bringen, geduldet werden. In der Realität wird sich kaum daran gehalten. Wo es entsprechende Ausschlussanträge gab, scheiterten diese oder blieben oft Monate oder gar jahrelang vor dem Schiedsgericht in der Schwebe.

Hessen

Auch in Hessen bestanden in den vergangenen Jahren zahlreiche Verbindungen zwischen JA und IB. Zwar mussten nach Medienbe-



Patrick Pana (rechts) beim Landesparteitag der AfD 2018 in Gießen neben Sascha Sindl

richten über zu enge Beziehungen zur IB jüngst mit Tristan Lessing, Mitglied der DB-Burschenschaft »Germania Kassel«, und Carsten Dietrich zwei Kreisverbandsfunktionäre aus Nordhessen die JA verlassen. Seit Ende Januar steht mit Jens Mierdel jedoch der ehemalige kommissarische Bezirksleiter der IB Hessen an der Spitze des Landesverbandes. An seiner Seite: der einstige Schriftführer der hessischen »Die Republikaner«, Michael Werl, der zwei Jahre bei der »Germania Kassel« wohnte. Vom Beisitzer zum stellvertretenden Landesvorsitzenden ist Patrick Pana aufgestiegen. Er demonstrierte noch im März 2018 im IB-Block in Kandel und besuchte im November eine Veranstaltung mit Alain de Benoist im Haus der »Marburger Burschenschaft Germania«. Trotz des Rückzugs des rund ein dutzend Mal im VS-Gutachten erwähnten einstigen Landesvorsitzenden und jetzigen Bundestagsabgeordneten Jan Nolte (MdB), kann von einem moderateren Kurs in Hessen also keine Rede sein – im Gegenteil.

Alternative zur »Jungen Alternative«

Wie es in Niedersachsen mit der »Jungen Alternative« nach ihrer Auflösung weitergeht, ist weiterhin unklar. Die eigentlich als »Koordinatoren« zur Neugründung eingesetzten Frank Rinck und Christopher Jahn jedenfalls haben mittlerweile der JA den Rücken gekehrt. Damit sind sie nicht alleine, insgesamt sind etwa 400 Mitglieder in den letzten Monaten ausgetreten. In Baden-Württemberg gaben im November 2018 der Landesvorsitzende Moritz Brodbeck und weitere Vorstandsmitglieder bekannt, dass sie aus der Beobachtung durch den dortigen Verfassungsschutz die Konsequenz ziehen und ihre Ämter niederlegen sowie aus der »Jungen Alternative« austreten werden. Die Beobachtung sei ein Resultat davon, dass »nennenswerte Teile der baden-württembergischen JA-Mitglieder« sich nicht zwischen der IB und der JA hätten entscheiden können und so die Überschneidung beider Organisationen geschaffen hätten. Brodbeck sagte gegenüber dpa, es gebe Überlegungen, eine neue – der AfD nahestehende – Jugendorganisation ins Leben zu rufen. Er selbst wird im Gutachten vom VS in der Aufzählung von »hochrangige(n) JA-Funktionäre(n)«, die »zumindest zeitweise für die ‹Identitäre Bewegung› aktiv« waren, aufgeführt. Auch Rinck und Jahn kündigten an, nicht nur in Niedersachsen, sondern auch bundesweit eine »liberalere« Alternative zur jetzigen »Jungen Alternative« aufzubauen. Solange die AfD allerdings weiterhin an der »Jungen Alternative« als offizielle Parteijugend festhält, wie dies beim Bundeskongress in Magdeburg zum Ausdruck kam, werden diese Pläne wohl keinen Erfolg haben. Und nachdem inzwischen nicht nur die JA auch auf Bundesebene als »Verdachtsfall« mit geheimdienstlichen Mitteln beobachtet wird, sondern auch »Der Flügel« innerhalb der AfD und die gesamte Partei zum »Prüffall« erklärt wurde, dürfte kaum jemand mehr hoffen, dass mit einer Auflösung der JA die Beobachtung der AfD abgewendet werden könnte.

Schadensbegrenzung

Und so diskutierten beim Bundeskongress in Magdeburg die verbliebenen Jungalternativen vor allem darüber, wie pragmatisch mit der Beobachtung umgegangen werden kann und wie künftig weitere Skandale über extrem rechte Äußerungen und Verbindungen verhindert werden können. Das erst im Sommer verabschiedete Grundsatzprogramm soll so umformuliert werden, dass möglichst alle Passagen, die das Bundesamt für Verfassungsschutz in seinem Gutachten als Belege für eine »extremistische Bestrebung« nennt, entschärft werden. Das betrifft den »ethnisch-homogenen Volksbegriff«, eine über »reine Islamkritik deutlich hinausgehende Muslimfeindlichkeit« und die »absolute Verächtlichmachung des Parlamentarismus«. Dass es hier nur um Maskerade geht, macht die Begründung eines Antrages deutlich, in der es laut »Die Welt« heißt: »Natürlich ist die Argumentation des Verfassungsschutzes kritisch zu hinterfragen, weil sie jeden Volksbegriff delegitimiert«, dies solle aber nicht über die eigene Programmatik diskutiert werden, sondern »in erster Linie auf metapolitischer Ebene«.

Strukturell wurden auf dem Bundeskongress die Befugnisse und die Möglichkeiten der Kontrolle von Untergliederungen gestärkt. Um schneller Mitglieder ausschließen zu können, wurde das Schiedsgericht abgeschafft. Bundesvorstand und Landesvorstände können künftig Ausschlüsse beantragen, die dann mit einfacher Mehrheit vom Bundeskonvent bestätigt werden müssen. Dem Bundeskonvent gehören sieben Bundesvorstandsmitglieder und 16 Vertreter aus den Landesverbänden an. Negative Schlagzeilen will man insbesondere auch dadurch vermeiden, dass es eine Verschwiegenheitspflicht der Mitglieder geben soll und die Debatte über mögliche »Extremisten« in der Organisation nur noch intern geführt werde – passend dazu musste zur Diskussion um den Verfassungsschutz die Presse den Saal verlassen. »Teilnahmen an vereinsfremden politischen Aktivitäten« sollen Untergliederungen in Zukunft nur nach vorheriger Anmeldung bei der jeweils nächsthöheren Gliederung erlaubt sein.

Ob sich die Basis an all diese Vorgaben halten wird, ist äußerst fraglich. Und auch im neugewählten Bundesvorstand sitzen Personen wie zum Beispiel Tim Ballschuh, der laut VS-Gutachten »frühere Kontakte zur NPD« eingeräumt habe und »zudem Mitglied in den als rechtsextremistisch eingeordneten Burschenschaften ‹Frankonia Erlangen› und ‹Halle-Leobener Burschenschaft›« war.

Extrem rechter Nachwuchs

Im November 2018 beschloss die Jugendorganisation der »Alternative für Deutschland« auf ihrem Bundeskongress die Auflösung des Landesverbands Niedersachsen. Grund dafür ist die langjährige personelle Überschneidung mit AktivistInnen der »Identitären Bewegung« sowie Verstrickungen in die organisierte Neonaziszene.

von Marian Ramaswamy und Simeon Dettmar



»Jungen Alternative« auf dem Wahlkampfabschluss der AfD Northeim am 22.09.2017

Lars Steinke galt von Beginn an auch innerhalb der »Jungen Alternative« (JA) als klarer Rechtsaußen-Vertreter. Von November 2015 bis Januar 2016 meldete er wie auch sein JA-Kollege Jan Philip Jaenecke die Kundgebungen des »Freundeskreises Thüringen/Niedersachsen« (FKTN) an, an dessen Aktionen sich diverse Neonazis und Hooligans beteiligten. Nachdem ein Parteiausschlussverfahren drohte und auch der AfD-Landesvorsitzende Armin Paul Hampel ein Machtwort sprach, beendete Steinke sein Engagement für den FKTN. Als sein stärkster Widersacher trat dabei der amtierende JA-Vorsitzende in Niedersachsen, Sören Haupstein, auf. Auf den Ausschluss aus dem Landesverband reagierte Steinke mit der Gründung des Bezirksverbands Braunschweig/Göttingen und ließ sich zu dessen Vorsitzendem wählen. Unterstützt wurde er maßgeblich von Patrik Jäcker aus Braunschweig und Philippe Navarre aus Göttingen, die beide im Vorstand des neu gegründeten Verbands auftraten. Schnell entwickelte sich die Neugründung zu einer Schnittstelle zwischen AktivistInnen der JA, der »Identitären Bewegung« (IB) und den niedersächsischen »Jungen Nationalisten« (JN). Wie eng die Kontakte zwischen der JA und den JN sind, zeigte sich bei einer Veranstaltung der rechten »Burschenschaft Thuringia« in Braunschweig. Zum geladenen Zeitzeugenvortrag mit einem »Veteranen des II. Weltkriegs« erschienen Mitglieder beider Jugendorganisationen gemeinsam mit Mitgliedern der IB Niedersachsen, unter anderem reiste Jäcker gemeinsam mit Philipp Losse von der IB Niedersachsen und Felix Hauschild von den JN Niedersachsen an.

Unter Steinkes Führung avancierte der JA-Bezirksverband zum Sammelbecken für extrem rechte Mitglieder und SympathisantInnen aus Niedersachsen. So organisierte Steinke im Dezember 2016 eine Kundgebung gegen antifaschistische Strukturen in der Goslarer Innenstadt, an der sich neben Mitgliedern des Bezirksverbands auch die beiden Neonazis Timo B. und Felix W. beteiligten, die gleichzeitig im Umfeld der Kameradschaft »Kollektiv Nordharz« und der JN Niedersachsen aktiv sind. Timo B. besuchte im Juli 2017 auch den Landeskongress der JA Niedersachsen und lief mit Felix W. am Fronttransparent des Rudolf-Heß-Marsches in Berlin-Spandau.

Im Juli 2017 kam es zur Machtprobe innerhalb des JA-Landesverbands. In einer Kampfabstimmung musste sich der amtierende Landesvorsitzende Haupstein gegen Steinke geschlagen geben. Nach Steinkes Wahl kam es zu einer Austrittswelle aus dem Verband, den knapp die Hälfte aller Mitglieder verließ. So schrieb ein JA-Mitglied in einer Stellungnahme: »Sind wir mal ehrlich: Da sitzen nicht nur ‹übliche Rechtsradikale›, sondern sogar Neonazis mit drin.« Ab dem Frühjahr 2018 arbeitete Steinke für die AfD-Landtagsfraktion Niedersachsen. Obwohl sich die Fraktionsvorsitzende öffentlich von Steinkes Aktivitäten distanzierte, war dieser für knapp ein halbes Jahr als freier Mitarbeiter für ihre Fraktion tätig.

Recherchen offenbaren extrem rechtes Netzwerk

Unter dem Titel »Ausgetobt – Keine Anonymität für die Göttinger Naziclique« publizierte ein Antifa-Portal im Dezember 2018 eine ausführliche Recherche und verdeutlichte die Verflechtung von Mitgliedern der JA mit dem Umfeld der »Kameradschaft Northeim« und der »Arischen Bruderschaft«. Die Recherchen legen nahe, dass sich aus Mitgliedern der JA rund um Lars Steinke sowie rechten StudentInnen aus Göttingen ein eng mit Kameradschaftsstrukturen verbundenes Netzwerk entwickelt hat. So waren die beiden damaligen JA-Mitglieder Philippe Navarre und Paul S. sowie der aus dem IB-Umfeld stammende Felix Leonhard H. im November 2018 am Ordnerdienst der »Arischen Bruderschaft« auf dem von Thorsten Heise organisierten »Schild- und Schwert«-Festival im sächsischen Ostritz beteiligt. Auch dokumentierte das Portal Bilder einer Silvesterparty in Heises Wohnsitz in Fretterode, auf denen mindestens ein JA-Mitglied zu sehen ist. Die Recherche zeigt weiterhin auf, dass die Auflösung des JA-Landesverbands und der damit verbundene Ausschluss aller Mitglieder zumindest am Beispiel Paul S. keinen Erfolg haben wird. Denn einem im Internet veröffentlichten Kontoauszug zufolge zahlt dieser seinen Mitgliedsbeitrag nicht an die JA Niedersachsen, sondern an den Landesverband Sachsen. Beim Neonaziaufmarsch zum Gedenken an die Bombardierung Dresdens lief er hinter dem Transparent der »Kameradschaft Northeim«.

Auto-Attacke im Ruhrgebiet

Bottrop / Essen / Oberhausen. In der Silvesternacht 2018 hat ein 50-Jähriger sein Auto in Menschenansammlungen gelenkt. An 13 verschiedenen Orten in Bottrop, Essen und Oberhausen hatte der Mann aus rassistischen Motiven mit Tötungsabsicht gezielt auf Personen zugehalten. Dabei wurden zehn Menschen mit Migrationshintergrund verletzt. Inzwischen sitzt der aus Essen stammende Fahrer wegen mehrfachen versuchten Mordes in Untersuchungshaft, die Tat wurde als terroristischer Anschlag eingestuft. Die Bundesanwaltschaft prüft die Übernahme des Falls.

Razzien gegen »Ku-Klux-Klan«

Am 16. Januar 2019 hat die Polizei 12 Objekte von Neonazis in Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen durchsucht. Die 17 Beschuldigten im Alter von 17 bis 59 Jahren sollen der extrem rechten Organisation »National Socialist Knights of the Ku Klux Klan Deutschland« (»Nationalsozialistische Ritter des Ku-Klux-Klans Deutschland«, NSK) angehören. Bei den Razzien wurden rund 100 Waffen beschlagnahmt, darunter Messer, Macheten, Schwerter, Schreckschuss- und Luftdruck-Waffen. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart, welche die Durchsuchungen beauftragt hatte, ermittelt wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole und illegalen Waffenbesitzes. In den sozialen Netzwerken gab ein Mitglied des NSK die offizielle Auflösung der Gruppe bekannt.

Grundstücksverkauf geplatzt

Kloster Veßra / Sonneberg. Das Amtsgericht Sonneberg teilte am 15. Februar 2019 mit, dem bekannten RechtsRock-Veranstalter Tommy Frenck werde der Zuschlag beim Verkauf eines Grundstückes im südthüringischen Kloster Veßra wegen einer Beschwerde verwehrt. Begründet wurde die Beschwerde damit, dass eine Bekanntmachungsfrist nicht eingehalten wurde.

Aufmarsch mit internationaler Beteiligung

Dresden. In Dresden haben am 15. Februar 2019 bis zu tausend Personen erneut an einem ‹Gedenkmarsch› anlässlich der Bombardierung Dresdens teilgenommen. Der Aufmarsch durch die Dresdner Innenstadt wurde vom »Junge Nationalisten«-Funktionär Maik Müller angemeldet. Angeführt wurde der Zug von einer internationalen Delegation französischer, griechischer, italienischer, russischer, schwedischer, tschechischer und ukrainischer Neonazis. Aus ganz Deutschland reisten Angehörige freier Kameradschaften und der NPD an, es nahmen vereinzelt PEGIDA-AnhängerInnen teil. Zum 75. Jahrestag im kommenden Jahr wird mit höheren TeilnehmerInnenzahlen gerechnet. Der ‹Trauermarsch› in Dresden galt zeitweise mit über 6.000 Neonazis als einer der größten geschichtsrevisionistischen Events Europas. Etwa tausend AntifaschistInnen protestierten gegen den Neonazi-Aufmarsch.

Fackeln und Trommeln

Fulda. Am 16. Februar 2019 sind etwa 130 Neonazis mit Trommeln und Fackeln durch Fulda gezogen. Anlässlich des 74. Jahrestags der alliierten Bombardierung hatte die Partei »Der III. Weg« unter dem Motto »Ein Licht für Dresden in Fulda« mobilisiert. Als Redner traten Matthias Bauerfeind, Julian Bender, Matthias Fischer, Klaus Armstrof und Walter Strohmeier auf. Etwa 1.500 AntifaschistInnen protestierten gegen den Aufmarsch. Im Jahr zuvor hatte der ‹Gedenkmarsch› in Nordhausen stattgefunden.

Fackeln

Nürnberg. Am 23. Februar 2019 veranstaltete die extrem rechte Bürgerwehr »Wodans Erben« einen Fackelmarsch mit ungefähr 20 TeilnehmerInnen. Ein Filmzusammenschnitt der Aktion ist im Internet zu sehen. Bei einem Auftritt vor einem Heim für Geflüchtete wurde die Gruppe von der Polizei kontrolliert. Die Gruppe, die laut Polizei »aus überregionalen Aktivisten der NPD und ‹Wodans-Erben Germanien›, Personen aus Nürnberg, München, dem Erzgebirge, Erlangen und aus dem Schwäbischen« bestand, bekam Platzverweise für den Bereich. Die Gruppe zog weiter auf das ehemalige Reichsparteitagsgelände und posierte dort unbehelligt auf der Zeppelinbühne. Die Szenerie wurde von zwei BeamtInnen in Zivil beobachtet. Ein Eingreifen oder eine Alarmierung uniformierter Kräfte erfolgte nicht.

Anklage wegen Angriff auf Journalisten

Mühlhausen. Die Staatsanwaltschaft Mühlhausen hat Anklage wegen schweren gemeinschaftlichen Raubs, gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung gegen zwei Neonazis erhoben. Die Angeklagten sollen am 29. April 2018 zwei Journalisten aus Göttingen im thüringischen Eichsfeld angegriffen haben. Die 18 und 25 Jahre alten Neonazis waren laut Anklage vermummt und mit Reizgas, Baseballschlägern, Schraubenschlüsseln und einem Messer auf die Fotografen losgegangen, die zuvor das Anwesen des NPD-Funktionärs Thorsten Heise fotografiert hatten.

Anklage gegen David Köckert

Gera. Die Staatsanwaltschaft Gera erhebt Anklage wegen räuberischer Erpressung und Beleidigung gegen den Neonazi David Köckert. Seit einer Razzia im Oktober 2018 sitzt er in Untersuchungshaft, wurde aber im November kurzzeitig freigelassen. In dieser Zeit soll er die Straftat organisiert haben. Köckert ist Mitbegründer von »Thügida« und Stadtrat im thüringischen Greiz. Das Landgericht Gera muss noch über die Zulassung der Klage entscheiden. In Verbindung mit den Ermittlungen gegen Köckert wurden am 19. Februar 2019 die Wohnungen von sechs weiteren Neonazis in Thüringen, Sachsen und Niedersachsen durchsucht. Sie werden der Bildung einer kriminellen Vereinigung verdächtigt.



Dana Guth

#AfDNiedersachsen

»Am Katzentisch in der letzten Reihe«

So wie es die Niedersächsische Landesvorsitzende der »Alternative für Deutschland« Dana Guth nach der Europawahlversammlung der Partei Anfang Januar bitter zum Ausdruck brachte, fühlen sich des Öfteren Delegierte des Landesverbandes bei bundesweiten Versammlungen. Schuld an der parteiinternen Irrelevanz sind sowohl die vielen personellen als auch politischen Differenzen im Flächenland.

von Marian Ramaswamy und Rune Wiedener

Im April 2018 wurde Dana Guth zur Landesvorsitzenden der »Alternative für Deutschland« (AfD) in Niedersachsen gewählt, nachdem ihr Vorgänger Armin-Paul Hampel aufgrund schwerwiegender Verstöße seines Amtes enthoben worden war. Diese auf dem Bundesparteitag im Juni 2018 bestätigte Entscheidung beruhte einerseits auf den von Hampel zu verantwortenden finanziellen Unregelmäßigkeiten innerhalb des Landesverbandes, andererseits auf persönlichen Machtkämpfen. Aber Hampels Amtsenthebung sorgte nicht für Ruhe, im Gegenteil: Kurz vor der Bekanntgabe wandten sich dessen AnhängerInnen direkt an den dafür verantwortlichen Bundesvorstand. In einem internen Brief wurde Hampel als unschuldiges Opfer einer von Guth und weiteren Landesvorstandsmitgliedern initiierten Denunzierungskampagne inszeniert. Die 90 UnterzeichnerInnen dieses Briefes, darunter der niedersächsische Bundestagsabgeordnete Jens Kestner und der Landtagsabgeordnete Stephan Bothe, sind ausnahmslos zu Björn Höckes »Der Flügel« zu zählen.

Zerwürfnis in Südniedersachsen

Dieser Umstand mag den Eindruck erwecken, dass der im April 2018 offen ausgetragene Machtkampf um den Landesvorsitz auf politischen Differenzen zwischen »Flügel«-Getreuen und der bisher landesweit größeren Arbeitsgemeinschaft »Alternative Mitte« (AM) fußt. In der Lagerbildung spielen aber langwierige persönliche Animositäten ebenfalls eine wichtige Rolle. Beispielhaft für das Ineinandergreifen politischer und persönlicher Konfliktlinien ist das andauernde Zerwürfnis der Kreisverbände in Südniedersachsen (s. drr Nr. 169). So

hofften Maik Schmitz, weiterhin Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Northeim, und sein Beisitzer Dirk Küpper kurz vor dem Landesparteitag in einem internen Chat, dass sie der »im AM Sumpf« angekommenen Göttingerin Guth bei der Wahl zum Landesvorsitz »die Suppe versalzen können«. Doch Hampel verlor die Stichwahl gegen Guth mit 205 zu 280 Stimmen und Dietmar Friedhoff aus Garbsen schied trotz seiner betont neutralen Position und seines Appells »für einen Neuanfang in Niedersachsen« bereits im ersten Wahlgang aus.
Nach dem Personalwechsel an der Spitze trat der AfD-Landesverband zunächst kaum öffentlich in Erscheinung und konzentrierte sich auf die Abwicklung der internen Altlasten. Lediglich vier Tage nach seinem Antritt durchsuchte er daher die nun alte Landesgeschäftsstelle in Lüneburg gründlich und verfrachtete alle Unterlagen, Festplatten und archivierten Dokumente nach Hannover. Andrea Obeck, die bis dato die Leitung der Geschäftsstelle innehatte, bezeichnete das Geschehen als »überfallartiges hektisches Ausräumen«. Statt der gesuchten AfD-Wahlunterlagen fanden die Vorstandsmitglieder nicht näher bekannte »gefälschte Behördenschreiben«, wie Guth empört in einer Mail schrieb. Zugleich rief sie in Rundmails dazu auf, »alten Groll« zu begraben und dadurch endlich »Einigkeit und gemeinsame positive Ergebnisse« zu gewinnen.

Initiativen ohne Durchschlagskraft

Inhaltliche Themen behandelte die AfD auf Landesebene kaum. Der von dem Lehrer und stellvertretenden Landesvorsitzenden Harm Rykena initiierte Versuch, mit der Freischaltung eines Online-Denunziationsportals einen parteikritischen Unterricht in den öffentlichen Schulen zu diskreditieren, schlug fehl. Viele LehrerInnen, SchülerInnen und ElternvertreterInnen protestierten gegen das als Zensurversuch bewertete Portal und bezogen öffentlich klare Stellung gegen die AfD. Das kurz vor den Weihnachtsfeiertagen 2018 freigeschaltete Portal erzielt kaum Resonanz. Selbst in ihrer Hetze gegen Muslime und Geflüchtete endeten die jüngsten Vorhaben der niedersächsischen AfD als Misserfolge. Die mit Flyern und Stickern ab September 2018 beworbene Kampagne gegen das Halal-Schlachten wurde nicht nur wegen des Hashtags »#MähToo« belächelt. Zugleich zeigte sich, dass das Thema Tierschutz keinen sonderlich großen Anklang in der rechten WählerInnenschaft findet. Auch der Mobilisierung gegen den UNO-Migrationspakt in Form einer Kundgebung im Dezember 2018 folgten kaum eigene AnhängerInnen. An der dennoch von Guth als »voller Erfolg« bezeichneten Versammlung in Hannover nahmen lediglich 120 Personen teil. Viele Kreisverbände hatten dieses Event mit Bratwurst und Glühwein nicht einmal beworben.

Wer nichts macht, macht nichts falsch?

Von einer gemeinsam getragenen Arbeit kann in der niedersächsischen AfD nicht die Rede sein und auch der zweite Landesparteitag im Oktober 2019 in Oldenburg war geprägt von Querelen zwischen den beiden verfeindeten Lagern. Im Mittelpunkt des Konflikts stand der neue Satzungsentwurf der Partei, nach dem künftig Kreis- und Landesvorstände nicht im Land- oder Bundestag beschäftigt werden dürfen. AnhängerInnen des völkischen »Flügel« kritisierten bereits frühzeitig diese vom Landesvorstand initiierten Änderungen, brachten sich im Vorfeld aber selbst nicht in der dafür zuständigen Satzungskommission ein. Gremien-Mitarbeit scheint für sie in Niedersachsen ohnehin nicht sonderlich beliebt zu sein. Beispielhaft hierfür war die Tagung des Landeskonvents am 8. Dezember 2018 in Sehnde. In der kleinen Gemeinde im Landkreis Hannover waren neun Kreisverbände, denen eine politische »Flügel«-Nähe nachgesagt wird, nicht vertreten. Auch beim gleichzeitigen Treffen des Bundeskonvents in Magdeburg fehlten mit Manfred Otto, Maik Schmitz und Armin-Paul Hampel die AnhängerInnen des völkischen Flügels unangekündigt; somit stellte Niedersachsen in Magdeburg lediglich einen anstatt vier Delegierte.
Trotz der Meidung diverser Parteigremien ist der »Flügel« in Niedersachsen dennoch aktiv. Nicht zuletzt für die Stärkung der eigenen Reihen wurden Veranstaltungen und Feste mit lokalen und bundesweiten Rednern organisiert, die in der AfD gemeinhin für offen völkische Positionen stehen. Ob es mit dieser Strategie gelingen könnte, die Oberhand in Niedersachsen zurückzugewinnen, ist noch offen. Einige Mitglieder des Kreisverbandes Göttingen mit seiner Vorsitzenden Guth besuchten in Südniedersachsen bereits derlei Veranstaltungen des Kreisverbands Northeim. Guth scheint sich um den Landkreis Göttingen ohnehin nicht zu kümmern: 2018 nahm sie nicht ein einziges Mal an einer Sitzung des Kreistages teil, dessen Mitglied sie seit 2016 ist.

Landesverband in Sorge

Die Spitze der niedersächsischen AfD beschäftigte im zweiten Halbjahr 2018 eher eine mögliche Beobachtung der Partei durch das Landesamt für Verfassungsschutz. Da ihre Jugendorganisation, die »Junge Alternative« (JA), im September zu seinem Beobachtungsobjekt erklärt wurde, entschied sich der außerordentliche JA-Bundeskongress in Barsinghausen bei Hannover für die Auflösung seines niedersächsischen Landesverbandes – jedoch nicht in eigener Regie. Schon zuvor hatte der Verantwortliche für die »Betreuung der JA«, Frank Rinck, einen Tätigkeitsbericht vorgestellt, in dem die Auflösung der JA Niedersachsen als gemeinsamer Schritt von AfD- und JA-Bundesvorständen dargestellt wurde. Gleichzeitig wurde die Neugründung der Landes- und Bezirksverbände der JA für den Beginn des Jahres 2019 angekündigt. Diese Maßnahme reichte bekanntlich nicht aus, da die JA im Januar 2019 bundesweit zum Verdachtsfall und die gesamte Partei länderübergreifend zum Prüffall erklärt wurden. Die bis dato geführten internen Veranstaltungen zu der »drohenden Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz« mit dem Ziel, den »Außenauftritt« und das »Verhalten« der niedersächsischen AfD-Mitglieder in einen vorzeigbaren Rahmen einzugliedern, waren wohl von Beginn an aussichtslos. Dies erkannte wohl auch Holger Biester, der bis zu seinem Parteiaustritt Anfang Dezember noch Wahlkampfbeauftragter im Landesvorstand war und bereits kurz vor seinem Abgang von einem »absoluten Rechtsruck in dieser Partei« sprach.

Flucht in die Opferrolle

»Man wird uns auch 2019 als ‹Rechtsradikale› und ‹Nazis› verunglimpfen«, schrieb Jens Kestner in seinen Weihnachtsgrüßen an die niedersächsischen AfD-Mitglieder. Wie er inszenieren sich die verbliebenen AmtsträgerInnen mehrheitlich als Opfer einer Verleumdungskampagne und betonen, die Partei sei fern eines jeden politischen Extremismus. Doch gerade in Kestners eigenem Kreisverband (Goslar, Northeim, Osterode) lassen sich viele extrem rechte Akteure finden (s. drr Nr. 169). Zu guter Letzt zeigte gerade der konfliktreiche Landesparteitag in Braunschweig die enge Verwobenheit mit der organisierten extremen Rechten, nahmen an ihm doch auch AktivistInnen der »Identitären Bewegung« wie Patrick J. und Paul S. teil. Letzterer wird von der Polizei verdächtigt, Ende 2018 mit drei weiteren Rechten auf ein vermeintlich homosexuelles Paar in Göttingen eingeschlagen zu haben, das teils schwere Verletzungen davontrug.

Die repräsentative Bühne nutzen

Wie die »Alternative für Deutschland« mit Veranstaltungen im Bundestag ihre Stichwortgeber hofiert und damit um Aufmerksamkeit buhlt – bisher ohne Erfolg.

von Gerd Wiegel



Unter dem Titel »1918 – Die Debatten auf dem Gründungsparteitag der KPD« wollte die Fraktion »Die Linke« im Dezember 2018 eine Veranstaltung im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages durchführen. Die intern mit PLH abgekürzte Liegenschaft des Bundestages beherbergt die Ausschusssäle, liegt direkt gegenüber dem Kanzleramt und hat mit einem übergroßen Foyer, den Panoramascheiben zum Spreebogen und der zentralen Lage eine repräsentative Ausstrahlung, die sich Fraktionen für besondere Anlässe und große Veranstaltungen gern zunutze machen. Die Nutzung solcher Großräume in den Liegenschaften unterliegt einem informellen Konsensverfahren aller Fraktionen, die ihre Zustimmung zur jeweils geplanten Veranstaltung geben müssen. Ein formaler Akt, der in den letzten zwölf Jahren nie ein Problem war.

Anders bei dieser Veranstaltung. Aus dem Büro des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der Bundestagsfraktion der »Alternative für Deutschland« (AfD), Bernd Baumann, wurde per E-Mail mitgeteilt, man lehne die geplante Veranstaltung der Linksfraktion »entschieden« ab. Die KPD sei in der Weimarer Republik und in der BRD mehrfach verboten worden und man »möchte keinen Festakt zur 100-jährigen Gründung einer totalitären und antidemokratischen Partei unterstützen.« Widerspruch kam zugleich von der Union, allerdings eher formal begründet: Es handle sich um eine Parteiveranstaltung.

Von Seiten der AfD wurde bisher keine Großveranstaltung in den Räumlichkeiten des Bundestages beantragt, die einer solchen formalen Zustimmung der anderen bedurft hätte. Jedoch nutzt die Fraktion die Liegenschaften des Bundestages regelmäßig für Vortragsveranstaltungen, was problemlos für alle Fraktionen möglich ist.

Migrationsabwehr und Leugnung des Klimawandels

»Mobilmachung – Waldgang – Weltstaat. Ernst Jüngers politische Philosophie« war der Titel eines Vortrags am 6. Juni 2018 in den Räumen in der Wilhelmstraße 60, zu der die Bundestagsabgeordneten Udo Hemmelgarn und Harald Weyel eingeladen hatten. Als Referent wurde Eric Lehnert angekündigt, seines Zeichens Geschäftsführer des »Instituts für Staatspolitik« (IfS) und gleichzeitig wissenschaftlicher Mitarbeiter von Weyel. Veranstalter war jedoch nicht die AfD-Fraktion selbst, sondern die »Desiderius-Erasmus-Stiftung« (DES), die über die beiden Abgeordneten Zugang zu den Parlamentsräumen fand. Ernst Jünger als intellektueller Bezugspunkt einer nationalistischen Rechten, das IfS als ideologischer Stichwortgeber der völkischen Rechten innerhalb der AfD und der Bundestag als repräsentative Bühne – im Kleinen setzte die DES damit einen Teil der Ansprüche um, die sich die Stiftung selbst gesteckt hat, um der AfD zu noch breiterer Außenwirkung, Erschließung neuer Milieus, intellektueller Ausstrahlung und Reputation im konservativen Umfeld zu verhelfen.

Wenige Wochen später war es Philip Stein, Leiter von »Ein Prozent«, der auf Einladung der AfD-Landesgruppe Sachsen-Anhalt im Bundestag zum Thema »Linke Förderstrukturen und der neue ‹Kampf gegen rechts›« referieren konnte. Die Verbindungen aus Sachsen-Anhalt zur »Neuen Rechten« sind gut und laut der »Tageszeitung« (04.07.2018) fänden sich besonders viele dieser Kontakte unter MitarbeiterInnen von Bundestagsabgeordneten aus diesem Bundesland. Dieser Verbindung entsprang auch der Vortrag von Dr. Jan Moldenhauer zum Thema »Japans Politik der Null-Zuwanderung. Vorbild für Deutschland?« im September 2018. Er schreibt für die »Sezession« und war Vorstandsmitglied der AfD-internen »Patriotischen Plattform«. Über dasselbe Thema hatte er schon beim »Staatspolitischen Salon« des IfS im Februar 2018 in Halle referiert. Zu »Islamistischem Radikalismus und Terrorismus in Europa« waren, wieder über die Landesgruppe Sachsen-Anhalt, die beiden schweizerisch-italienischen Gäste Luca Steinmann und Stefano Piazza eingeladen.

Die Aktivitäten der Landesgruppe sind auf die personellen Überschneidungen in ein rechtes Umfeld zurückzuführen, für das Theorie-Debatten innerhalb eines geschlossenen rechten Spektrums zur politischen Sozialisation gehörten. Die ausgewählten Themen spiegeln dabei die Schwerpunkte der Fraktionsarbeit wie auch zentrale Feindstellungen für die AfD wider. Mit Ernst Jünger holt man sich das politisch-ideologische Rüstzeug für die finale Schlacht; Islam, Islamismus und die politische Linke sind primäre Feinde, gegen die es sich zu munitionieren gelte.

Aber die AfD-Fraktion rüstet sich ebenso für Themen, die von außen an sie herangetragen werden; wie beispielsweise die Veranstaltungen mit Josef Schüßelburner und Helmut Roewer, die über den Verfassungsschutz sprachen. Ersterer, der als Bundesbeamter mit offenen

Der Ex-Verfassungsschutzchef aus Thüringen, Helmut Roewer (links), und der Faschist der sogenannten »Neuen Rechten« und Burschenschaftssprecher Philip Stein

Sympathien für die extreme Rechte schon seit vielen Jahren bekannt ist, referierte im November 2018 zu: »Verfassungsschutz. Geheimdienste gegen die Opposition – Die Bundesrepublik auf dem Weg zu einer defekten Demokratie«. Eine Woche darauf war Roewer, ehemaliger Skandal-Präsident des »Landesamt für Verfassungsschutz« in Thüringen, an der Reihe; sehr zur Begeisterung von Jürgen Elsässer, der in seinem »Compact«-Magazin von einem »sensationellen Vortrag« sprach.

Vermehrt bietet die AfD in jüngster Zeit sogenannten »Klimaleugnern« ein Podium. So durfte im Januar 2019 mit Dr. Sebastian Lüning ein bekannter Vertreter dieser Pseudowissenschaft unter dem Titel »Wieviel Klimawandel macht der Mensch?« in den Räumen des Bundestages auftreten. Michael Limburg, seines Zeichens Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse und Mitglied im »Europäischen Institut für Klima und Energie« – einem Verein von KlimaleugnerInnen – soll zudem im Januar 2019 als Redner in einer Fraktionsveranstaltung im Bundestag aufgetreten sein.

Der medial größte Coup gelang der AfD mit der Rede von Henryk M. Broder am 29. Januar 2019 vor der Gesamtfraktion. Er war zum Thema »Wie die Political Correctness die Demokratie gefährdet« eingeladen. Im engeren Sinne handelt es sich hierbei um keine öffentliche Veranstaltung, doch das mediale Echo auf das Foto einer Umarmung zwischen Alice Weidel und Broder veranlasste diesen, seine in der Tat



nicht unkritische Rede dem Nachrichtenportal »Welt« zum Abdruck zu überlassen. Für die Medienstrategie der AfD sind jedoch die angenommene Einladung durch Broder und das öffentliche »Menscheln« mit der Fraktionsspitze deutlich wichtiger als die kritischen Töne an die Partei.

Resonanzraumerweiterung verfehlt

Der Bundestag bietet der AfD eine Bühne, mit der sie potenziell Gäste anlocken kann, die sonst vielleicht nicht kämen. Broders Eitelkeit war sicherlich ein Grund, der Einladung der Bundestagsfraktion zu folgen – neben diversen inhaltlichen Überschneidungen. Sieht man sich die aufgeführten, durchweg männlichen Referenten jedoch an, dann schmort die AfD nach wie vor weitgehend im eigenen Saft. Mit Lehnert und Limburg hat man gleich zwei MdB-Mitarbeiter als Referenten präsentiert, Moldenhauer ist Parteifunktionär. Lüning ist eng mit Limburg und seinem großspurigen »Institut« verbunden, und Schüßelburner und Roewer sind ebenfalls im politischen Umfeld beheimatet, haben darüber hinaus aber keinerlei Ausstrahlung. Einzig die beiden Schweizer Gäste haben keine direkte AfD-Nähe. Ganz offensichtlich ist es der Fraktion mit Ausnahme von Broder bisher nicht gelungen, etablierte Konservative mit einem Standing in der bürgerlichen Mitte anzulocken – auch nicht mit einem Auftritt im Bundestag.

Im Gegensatz zu anderen Orten bietet der Bundestag die Gewähr, dass die Veranstaltung störungsfrei durchgeführt werden kann. Die Räumlichkeiten sind nur nach Anmeldung und Vorlage der Ausweispapiere betretbar, womit eine weitgehende Kontrolle über das Publikum möglich ist. In den meist über Facebook verbreiteten Ankündigungen wird ebenso darauf verwiesen, dass Hausausweise kontrolliert werden. Diese Abschottung hat jedoch den Nachteil, dass sie gleichzeitig die Hürde zur Teilnahme erhöht. Spontan kommt hier wohl niemand und in Anbetracht der politischen Debatte um die AfD werden sich wohl die üblichen ParteigängerInnen anmelden und zwar mit Geburtsort und -datum, so die Vorschrift. Damit bleibt die Außenwirkung dieser Veranstaltungen eher bescheiden. Zwar finden sich zu einigen Vorträgen Mitschnitte im Internet, die von der AfD über ihren YouTube-Kanal verbreitet werden und mitunter berichten die Medien aus dem Umfeld der Fraktion. Die Öffnung eines größeren Resonanzraums ins bürgerliche Spektrum gelingt damit aber bisher nicht. Da die AfD-Fraktion noch nicht mit größeren Konferenzen oder Veranstaltungen von mehr als zwei Stunden in Erscheinung getreten ist, dürfte sich das Publikum vor allem aus Berlin rekrutieren. Bei einer MitarbeiterInnenschaft von mehreren Hundert müssen sie nicht wirklich Sorge haben, vor leeren Reihen zu tagen, denn schließlich kann das Personal dienstverpflichtet werden.

Fraktionen verfolgen mit Veranstaltungen im Bundestag in der Regel mehrere Zwecke: Politische Milieus sollen bedient und gebunden werden; Themen sollen gesetzt und mit Sachverstand unterfüttert werden, um daraus für die parlamentarische Arbeit zu schöpfen; persönliche Kontakte und Organisationskontakte können gepflegt werden. Vor diesem Hintergrund scheint die AfD-Fraktion das Klimathema in ihrem Sinne stärker bespielen zu wollen, zumal hier die Unterscheidung zu allen Konkurrenten fundamental ist und man sich nicht sofort im Dunstkreis der extremen Rechten bewegt. Es bleibt abzuwarten, ob die Fraktion darüber hinaus über weitere Veranstaltungen eine Themenausweitung vornehmen und ReferentInnen außerhalb des eigenen Dunstkreises gewinnen kann.

#Poggenburg

Ikarus in Magdeburg

André Poggenburg war als Partei- und Fraktionschef der »Alternative für Deutschland« in Sachsen-Anhalt einer der rechten Taktgeber der Partei. Doch sein Höhenflug endete nach einer Rede, die er beim politischen Aschermittwoch 2018 in Sachsen gehalten hatte. Im Januar 2019 verließ er Partei und Fraktion.

von Wolfgang Laskowski



Ein Bild aus glücklicheren Tagen zeigt André Poggenburg am Abend der Landtagswahl im März 2016 auf einer Wahlparty in Magdeburg. Eingerahmt von Jürgen Elsässer (»Compact«) und Götz Kubitschek (»Institut für Staatspolitik«) strotzt Poggenburg vor Selbstbewusstsein. Sein Landesverband hatte damals mit 24,3 Prozent der Stimmen das bislang höchste Wahlergebnis der »Alternative für Deutschland« (AfD) seit deren Bestehen und zahlreiche Wahlkreise direkt gewonnen. In der Folge stieg André Poggenburg zu einem der einflussreichsten Männer in der AfD auf: Fraktionschef im Magdeburger Landtag und neben Höcke einer der prägenden Köpfe des »Der Flügel«, der alsbald die AfD dominierenden völkisch-nationalistischen Strömung der AfD. Poggenburg war bereits 2013 in die Partei eingetreten und wurde rasch zum Kreisvorsitzenden im Burgenlandkreis gewählt. In den innerparteilichen Konflikten um die ehemaligen Parteichefs Bernd Lucke und Frauke Petry vertrat Poggenburg einen strammen Rechtskurs. Er sprach sich 2015 für die Aufnahme Götz Kubitscheks in die AfD aus, als dies im Bundesvorstand der AfD noch keine Mehrheit fand. Poggenburg war einer der Erstunterzeichner der »Erfurter Resolution«, der Gründungserklärung des völkischen Flügels der AfD. Über Jahre war er bei »Compact«, als Teilnehmer beim »Institut für Staatspolitik« (IfS) und Redner beim »Kyffhäuser-Treffen« eine feste Größe.

Vor seinem politischen Engagement war Poggenburg als selbstständiger Unternehmer tätig. Allerdings war er mit einem Autokühlerfachbetrieb nicht sehr erfolgreich. Offenbar hat die Firma ihren Geschäftsbetrieb seit 2016 eingestellt.

Marke Poggenburg

In und außerhalb des Landtages ging Poggenburg mit dem rhetorischen Holzhammer zu Werke. Mit Anleihen an das Vokabular der Nationalsozialisten wusste Poggenburg immer wieder zu provozieren, was in den Medien ein breites, polarisierendes Echo fand und ihm eine bundesweite Bekanntheit einbrachte. Zu keinem Zeitpunkt ließ Poggenburg einen Zweifel darüber aufkommen, dass er mit Gruppierungen wie PEGIDA und den »Identitären« kooperieren wollte. In seiner Zeit als Fraktionschef im Landtag von Sachsen-Anhalt wurde die AfD-Landtagsfraktion zum Magneten für rechte Burschenschafter und ehemalige Neonazis, die als Fraktionsmitarbeiter oder persönliche Referenten von Abgeordneten tätig sind. Einen echten politischen Coup dachte Poggenburg eingefädelt zu haben, als er im Januar 2017 auf einer Veranstaltung der »Campus Alternative« in der Magdeburger Universität sprechen wollte. Doch die Studierenden wollten Poggenburgs Vortrag nicht hören und pfiffen ihn aus. Daraufhin beschimpfte er linke Studierende als »Lumpen«, die »einer geregelten Arbeit zugeführt« werden sollten. Was als Provokation des studentischen Milieus gedacht war, wurde für Poggenburg und sein Umfeld zum Fiasko. Doch innerparteilich geriet Poggenburg ob seiner selbstherrlichen Machtausübung ab 2017 in die Kritik. Es folgten Machtrochaden und Personalquerelen, in denen viel schmutzige Wäsche gewaschen wurde. Die Anstellung seiner Lebensgefährtin Lisa Lehmann als Auszubildende in der Fraktion brachte ihm den Vorwurf ein, Vetternwirtschaft zu betreiben. Bereits zuvor hatten ihm Abgeordnete der Fraktion einen autoritären Führungsstil vorgeworfen und die Fraktion verlassen. Wiederholt kamen Chats und Emails an die Öffentlichkeit, in denen sich Poggenburg rassistisch, sexistisch und extrem rechts äußert. Dabei unterschied ihn seine derbe Wortwahl deutlich von Björn Höcke, der stets bemüht ist, seine harten rassistischen Aussagen intellektuell zu verpacken. Poggenburgs Rede zum Aschermittwoch 2018 in Sachsen dürfte nur der Tropfen gewesen sein, der das Fass zum Überlaufen brachte. Für seine Wortwahl wurde Poggenburg auf einem Aufmarsch des rechten Netzwerkes »Zukunft Heimat« in Cottbus, wenn auch nicht namentlich, von Götz Kubitschek kritisiert. Danach wurde der Konflikt zwischen Poggenburg und seiner Fraktion offen ausgetragen. Anders als Björn Höcke und Andreas Kalbitz ist Poggenburg kein Mann taktischer rhetorischer Rücksichtnahmen. Stets lehnte er es als Opportunismus ab, sich im Tonfall zu mäßigen. Die Scheidung zwischen Poggenburg und der AfD liegt weniger in gegensätzlichen politischen Auffassungen, denn in Poggenburgs Persönlichkeit und seinen öffentlichen Auftritten begründet.

Von der AfD zur AdP

Am 11. Januar gab Poggenburg die Gründung der Partei »Aufbruch deutscher Patrioten« (AdP) bekannt. Gemeinsam mit Egbert Ermer, ehemaliger AfD-Kreischef in der Sächsischen Schweiz – Osterzgebirge, und Benjamin Przybylla erklärte Poggenburg, die AfD sei nicht mehr der Ort für authentischen Patriotismus. Opportunismus und Anpassung an den Mainstream hätten in der AfD Platz gegriffen. Dem setze die AdP einen unverfälschten und ehrlichen Patriotismus entgegen, der für ein Bündnis mit der Straße stehe. Gemeint sind rassistische Straßenproteste wie PEGIDA und ihre Ableger in anderen Bundesländern. Ob die AdP zu allen kommenden Landtags- und Kommunalwahlen wird antreten können, hängt vom Fortgang ihres Organisationsaufbaus ab. Dieser scheint sich derzeit in erster Linie auf Sachsen zu konzentrieren. Die AfD ging im Februar mit einer einstweiligen Verfügung – vorerst erfolgreich – gegen das Namenskürzel AdP vor. Es bestehe, so argumentierte die klageführende AfD, Verwechslungsgefahr mit ihrem Parteikürzel.

Aus dem Bauch heraus rechts

Poggenburg ist kein ideologischer Kopf, kein Mann der Programmatik. Unter dem Mantel dessen, was bei ihm als Patriotismus firmiert, ist für viele Versatzstücke extrem rechter Ideologie Platz. Dass er seine extrem rechten Ansichten als genuin konservativ deklariert, unterscheidet ihn nicht von anderen in der extremen Rechten. Poggenburg hat eine Vorliebe für die Verwendung von Begriffen des Nationalsozialismus, seine kokette Bezugnahme darauf spielte in der Vergangenheit erfolgreich mit dem Mittel der Provokation. Im Kern jedoch lassen seine Reden und Statements auf die Ideenwelt einer rechtsautoritär formierten Gesellschaft schließen. Wie schon die sächsische NPD findet Poggenburg Lob für die restriktive Migrationspolitik der DDR und deren sekundären Nationalismus. Seine reaktionäre Heimattümelei hingegen ist in viele Richtungen anschlussfähig. Sie soll die Brücke sein, die rechtskonservative WählerInnen mit nach rechts gerückten OstalgikerInnen und harten Neonazis verbinden könnte. Medial kämpft Poggenburg inzwischen fast verzweifelt um Aufmerksamkeit. Zum Jahresauftakt 2019 versandte er noch einmal wie schon 2015/16 »Grüße an die Volksgemeinschaft«. Mit dem Ziel, einen Eklat zu provozieren, trat er Ende Januar 2019 mit einer blauen Kornblume am Revers, dem Erkennungszeichen der NS-Bewegung in Österreich vor 1933, im Landtag auf. Doch ergeht es ihm wie Frauke Petry nach ihrem Austritt aus der AfD. Ohne den medialen Resonanzraum der AfD als Motor und Taktgeber extrem rechter Diskurse im Land agiert André Poggenburg als eine Art Magdeburger Ikarus. Sein politischer Absturz dürfte sich vollenden, wenn es darum geht, 2021 erneut ein Landtagsmandat zu erringen. Bis dahin wird Poggenburg nichts unversucht lassen, durch Selbstinszenenierung auszugleichen was er durch seinen Weggang aus der AfD an politischem Schwergewicht eingebüßt hat.



Der Nicht-Seniorprofessor der TU Dresden, Werner Patzelt. Wegbereiter der AfD, bei der CDU als Berater beschäftigt.

#Patzelt

In der rechten Mitte

Der Politikwissenschaftler Werner J. Patzelt sorgte in den Wochen vor seiner Emeritierung für Schlagzeilen. Seine Empörung über die Ablehnung einer Seniorprofessur, seine aktive Unterstützung der Sachsen-CDU und seine Nähe zur »Neuen Rechten« sorgen für Kritik.

von Michael Bergmann

Werner J. Patzelt ist ein routinierter Rhetoriker. Er versteht es, in Bildern zu sprechen. Bilder, die auf den ersten Blick logisch erscheinen, die sich vor dem geistigen Auge blumig entfalten und so ausdrucksvoll sind, dass pure Fakten neben ihnen blass und unbeholfen wirken. »Geradeso als ob es sich für einen Medizinprofessor nicht gehören würde, Kranke zu behandeln oder als ob es unanständig wäre, wenn ein Musikprofessor öffentlich musizieren würde«, sei es, meint der Dresdner Professor in einem YouTube-Video, wenn man ihm vorwerfe, dass er seine Rolle als Politikwissenschaftler und politischer Bürger auf unzulässige Weise miteinander vermengt habe. Dieser Vorwurf wurde in einem Schreiben »seiner Universität« an ihn ausgesprochen. Inhalt des Briefs, der dafür sorgte, dass Patzelt wenige Wochen vor seiner Pensionierung noch einmal ein bundesweites Medienecho provozierte, ist die Ablehnung einer Seniorprofessur an der »Technischen Universität Dresden« (TUD).

»… den Machthabern nicht gefällt«

Patzelts Auftritt in Folge dieser Ablehnung hat ihm nicht nur wiederholt Applaus der MontagsspaziergängerInnen in Dresden eingebracht, sondern auch Zuspruch durch den Leiter des BILD-Parlamentsbüros in Berlin, Ralf Schuler, oder durch den Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Hans-Peter Friedrich (CSU). Letzterer schrieb auf Twitter, dass die »traurige Realität in Deutschland 2019« zur Causa Patzelt aufgearbeitet werden müsse, auch wenn die Wahrheit »den Machthabern nicht gefällt.« Er bezog sich auf einen Artikel des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Arnold Vaatz. Dieser philosophierte auf der Internetseite »Die Achse des Guten« unter der Überschrift »Die Geschichte einer Säuberung« über Patzelts gescheiterte Seniorprofessur. Der sächsische CDU-Abgeordnete Vaatz gilt als rechter Hardliner in seiner Partei. In seinem Artikel über Patzelt verlinkte er unter anderem auf die extrem rechte russische Internetseite »anonymousnews.ru«.

CDU und »Neue Rechte«

Der Schmerz über Patzelts Abschied von der TU Dresden sitzt tief beim rechten Flügel der Konservativen. Der Politikwissenschaftler war trotz seiner rechtskonservativen Positionen und seiner fehlenden Distanz zur »Neuen Rechten« stets ein gefragter Interviewpartner für viele Medien. Ebenjene Popularität dürfte nach seiner Emeritierung spürbar nachlassen. Der 1953 in Passau geborene Werner J. Patzelt baute zu Beginn der 1990er Jahre das Dresdner Institut für Politikwissenschaft mit auf und hatte über 27 Jahre die Professur für Politische Systeme und Systemvergleich inne. Als langjähriges Mitglied der CDU war er Vertrauensdozent der »Konrad-Adenauer-Stiftung« und wurde immer wieder als Berater für die sächsische Union herangezogen. Darüber hinaus hat Werner J. Patzelt seit langem einen Sitz im Kuratorium der »Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung«. Dass er von diesem Sitz zurücktreten solle, fordert der ehemalige Chef der Behörde, Frank Richter – er ist inzwischen Wahlkämpfer für die sächsische SPD. Die Rücktrittsforderungen fußen jedoch nicht auf Patzelts politischen Ansichten und seiner Nähe zu neu-rechten Ideologen. Frank Richter moniert eine mögliche »parteipolitische Einflussnahme«, weil Patzelt seit Beginn des Jahres maßgeblich in der Programmkommission der CDU zur sächsischen Landtagswahl im September 2019 mitwirkt.

Rechts außen

Dabei gäbe es seit Jahren ausreichend andere Gründe, warum man denken könnte, dass Patzelt im Kuratorium einer »Landeszentrale für Politische Bildung« fehl am Platze ist. Der redegewandte Professor war in den letzten 20 Jahren ein gern gesehener Gast bei verschiedenen schlagenden Studentenverbindungen mit einer verpflichtenden Mensur, einige sind Mitglied im extrem rechten Verband der »Deutschen Burschenschaft« (DB). Im Juni 2006 sprach er beim »Deutschen Burschentag« in Eisenach auf der Wartburg. Sein Vortrag unter dem Titel »Deutscher Patriotismus und sein Wert« erschien in den »Burschenschaftlichen Blättern«, die von der extrem rechten DB herausgegeben werden. In Dresden war er 2011 bei der »Aachen-Dresdner Burschenschaft Cheruscia« zu Gast. Diese pflegte in der Vergangenheit Kontakte zur sächsischen Führungsriege der neonazistischen »Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO). Bei Veranstaltungen der »Cheruscia« waren auch der langjährige Anmelder der Dresdener Neonazi-Demonstrationen zum 13. Februar, Alexander Kleber, sowie der spätere NPD-Landeschef Holger Szymanski wiederholt zu Gast. Die Forderungen nach einem Rücktritt von Patzelt aus dem Kuratorium der »Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung« blieben auch im November 2015 aus, als er zusammen mit Thilo Sarrazin vor 450 zahlenden Gästen in einem Dresdner Hotel das damals aktuelle Sarrazin-Buch »Der neue Tugendterror: Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland« vorstellte. Patzelt eröffnete seinen Vortrag mit den Worten: »Alles was Herr Sarrazin angesprochen hat, sind wichtige Probleme unseres Landes.« In seinem Redebeitrag warnt er vor »den 68er«, die seiner Ansicht nach »alle Schalt- und Machtstellen im Staate inne« haben. Patzelt meint, wenn der Eindruck entstehe »und sei es durch die Realität selbst«, dass ein Staat sein Ordnungsgefüge nicht mehr aufrecht erhalten könne, »zum Beispiel dadurch, dass ein Staat sagt, sowas wie Grenzen ist eigentlich überflüssig und sinnlos, ‹No Nations, no borders›« (…) Wenn ein Staat also seine Gestaltungsmacht verliert, wenn er also seine Kontrolle verliert über die Bereiche in denen er seine Gestaltungsmacht durchsetzen will, (…) dann endet das alles in Anarchie und Bürgerkrieg.« Patzelt bleibt mit seinen Ausführungen bewusst auf der Meta-Ebene. Die konkrete Übertragung seiner Analyse auf aktuelle Ereignisse überlässt er den RezipientInnen. An der Seite von Sarrazin erhielt er dafür tosenden Applaus.

»Fahrlässige Migrationspolitik«

Ein weiteres Markenzeichen Patzelts ist seit vielen Jahren das konsequente Herunterspielen neonazistischer und rassistischer Ereignisse in Sachsen. Als die NPD 2004 mit mehr als neun Prozent der Stimmen in den sächsischen Landtag einzog, sprach er von einer Protestwahl. Er forderte öffentlich, dass die CDU sich so ausrichten solle, dass die NPD rechts neben ihr weniger Wähler erreiche. Nachdem im Spätsommer 2018 in Chemnitz rassistische Aufmärsche unter Beteiligung des Who-is-who der deutschen Neonazi-Szene stattfanden und Geflüchtete angegriffen wurden, sprach Patzelt davon, dass der Grund der Demonstrationen der »Zorn über üble Folgen der fahrlässigen Migrationspolitik« gewesen sei, keine Hetzjagden stattgefunden hätten und »die Medien« ihre Hauptaufgabe »mehrheitlich« in einer »politischen Parteinahme« sähen statt Fakten zu recherchieren.

Nicht neu

Regelmäßig ist Patzelt Autor oder prominenter Interviewpartner in der Wochenzeitung »Junge Freiheit« – eben jenem Blatt, das vom neofaschistischen »Institut für Staatspolitik« als wichtigstes »Organ unseres Lagers« bezeichnet wird. Seit 2016 tritt Patzelt in der neu-rechten »Bibliothek des Konservatismus« (BdK) in Berlin mit Vorträgen in Erscheinung. Sie orientiert sich an Ideen und Vordenkern der »Konservativen Revolution« der Weimarer Republik und ist eng verknüpft mit der antifeministischen und fundamentalistischen »Lebensschutz«-Bewegung. Antifeminismus sowie die Reduzierung von Frauen auf ihre Reproduktions- und Mutterrolle sind auch Themen des »Instituts für Demographie, Allgemeinwohl und Familie e. V.«, in dessen wissenschaftlichem Beirat Patzelt mitwirkt. Insofern sind die neuerlichen Vorwürfe gegen Patzelt, er weise eine Nähe zur »Alternative für Deutschland« (AfD) auf, weil er von der Partei Aufträge angenommen habe und auf ihren Veranstaltungen spricht, überraschend. Patzelt hatte schon lange vor dem Erfolg der AfD jede Grenzziehung zu Strömungen und Gruppen vermissen lassen, die sich deutlich im Sinne völkischer und neu-rechter Denkweisen ausrichten. Dass er mögliche Koalitionen zwischen Konservativen und der AfD nicht ausschließt oder gar empfiehlt, ist im Sinne seines politischen Weges nur konsequent.

Der Westen als Feind

War Manuel Ochsenreiter Auftraggeber eines Brandanschlags in der Ukraine? Dafür gebe es Hinweise, so berichteten deutsche Medien im Januar 2019. Ochsenreiter ist seit Jahrzehnten ein wichtiger Publizist der extremen Rechten.

von Lucius Teidelbaum

Manuel Ochsenreiter fiel schon früh als rechter Aktivist auf. Er wurde 1976 in Isny im Westallgäu geboren und verbrachte seine Jugend in Bayern. Hier war er Mitglied der »Schüler-Union«, einer Jugendorganisation der CSU. Noch als Schüler sagte er in einem TV-Interview 1995: »Ich halte die multikulturelle Gesellschaft für unmenschlich.« Im selben Jahr rief er mit Gleichgesinnten aus der »Jungen Union« der CSU den »Konservativen Aufbruch« ins Leben und wurde später stellvertretender Landesvorsitzender des »Christlich-Konservativen Deutschlandforums« (CKDF) in Bayern / Baden-Württemberg, also der »Stahlhelmer« in den Unionsparteien. Bereits in dem 1995 veröffentlichten Buch »Wir 89er. Wer wir sind – was wir wollen« war er mit einem Beitrag vertreten (»Ullstein Verlag«). Der von Roland Bubik herausgegebene Band versammelte unterschiedliche Stimmen einer neuen rechten Generation, die sich als »89er« inszenierten. Später wurde Ochsenreiter Mitglied der Burschenschaft der »Märker zu Berlin«, deren »Alter Herr« er mindestens bis 2014 war.

Rechter Publizist

Seine politischen Aktivitäten sind nach einem Zwischenspiel bei der Union eher im überparteilichen und vorpolitischen Raum angesiedelt. Ochsenreiter wirkt vor allem als Autor und Publizist. Er begann 1996 als Autor bei der Wochenzeitung »Junge Freiheit« (s. drr Nr. 42) und wurde dort später Redakteur. Bis 2011 war er danach Chefredakteur der »Deutschen Militärzeitschrift« (DMZ), einem extrem rechten Militaria-Blatt (s. drr Nr. 94 u. 97). Im März 2011 übernahm Ochsenreiter den Posten als Chefredakteur der »Zuerst!«, dem Hochglanz-Nachfolger des traditionsfaschistischen Magazins »Nation&Europa«; für die Zeitschrift war er zuvor bereits als Internetredakteur tätig gewesen (s. drr Nr 122). Sowohl die DMZ als auch die »Zuerst!« gehören zum rechten Verlagsimperium von Dietmar Munier aus Selent in Schleswig-Holstein.

Rechter Antiimperialist

Prägend für Ochsenreiter als politischer Aktivist ist sein rechter Antiimperialismus, der stark vom Feindbild »Westen« beziehungsweise dem diesem zugeordneten Liberalismus und seinem Antiamerikanismus und Antizionismus bestimmt wird. Entlang dieser Feindbilder und der Logik »Der Feind meines Feindes, ist mein Freund« orientierten sich seine politischen Sympathien. Unverhohlen fand sich von ihm eine sympathisierende Berichterstattung für islamistische Bewegungen und Regime wie die »Hamas«, die »Hisbollah« und den Iran oder säkulare Regime, die Assad-Diktatur in Syrien oder den Irak unter Saddam Hussein ebenso wie für die autoritäre Regierung Victor Orbáns in Ungarn, das Regime Wladimir Putins in Russland und die von ihm unterstützten Separatisten-Republiken in der Ost-Ukraine. Ochsenreiter veröffentlicht auch Bücher. Als Positionierung gegen die Hinrichtung des irakischen Ex-Diktators Saddam Hussein erschien 2007 im »Bonus Verlag«, der ebenfalls zum Munier-Verlagsimperium gehört, der von Ochsenreiter herausgegebene Sammelband »Staatsmord in Bagdad. Saddam Hussein am Galgen«. Beiträge kamen von bekannten extremen Rechten, wie Heinz Magenheimer, Franz W. Seidler, Emil Schlee, Michael Wiesberg, Jamal Karsli, Jörg Haider oder Richard Lobsien. Als Ochsenreiter 2008 Gast bei der islamistischen »Hisbollah« im Libanon war, ließ er sich auf einem zerstörten israelischen T-55-Panzer fotografieren. Und im Mai 2016 wurde sein Buch »Die Macht der zionistischen Lobby in Deutschland« im Iran auf Persisch publiziert und in seiner Anwesenheit im Institut des Teheraner Bürgermeisteramts »Buch-Haus« beworben. Im Februar 2012 und im September 2014 nahm er an Konferenzen in Teheran teil. Bei der »2nd New Horizon Conference« Ende September 2014 referierte er zum Thema »The Israeli Lobby in Germany«.

Botschafter Eurasiens

Als Gegenmodell zum verachteten dekadenten Westen dienen Ochsenreiter die Eurasien-Vorstellungen des russischen Neofaschisten Alexandr Dugin. Der strebt einen antiwestlichen und antiamerikanischen Festlandblock von Lissabon bis Wladiwostok an, der sich auf seine traditionellen Werte zurückbesinnt. Was Dugins nicht-russische AnhängerInnen gern übersehen, ist sein großrussischer Nationalismus, der sich hinter dessen Eurasien-Konzeptionen versteckt. Ochsenreiter bezeichnete Dugin in der Wochenzeitung »Die Zeit« als »langjährigen väterlichen Freund«. Aus dieser Freundschaft und seinem Antiamerikanismus resultiert offenbar auch Ochsenreiters Tätigkeit als »Wahlbeobachter« bei international nicht anerkannten Wahlen in prorussischen Separatisten-Gebieten. So war er am 2. November 2014 Beobachter in den beiden »Volksrepubliken« im Donbass, unter anderem mit Hans-Jörg Jenewein von der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ), am 3. Mai 2015 in der international nicht anerkannten »Republik Berg Karabach« und mit dem Landtagsabgeordneten der »Alternative für Deutschland« (AfD) Udo Stein im Juli 2016 Wahlbeobachter in der »Volksrepublik Donezk«. Auch die Wahl des russischen Präsidenten auf dem Territorium der annektierten Halbinsel Krim am 18. März 2018 wurde unter anderem von dem AfD-Bundestagsabgeordneten Ulrich Oehme und Ochsenreiter »beobachtet«. Passend dazu gründete er mit anderen, darunter auch dem späteren AfD-Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier, ein »Deutsches Zentrum für Eurasische Studien« (DZES). Ochsenreiter wurde Vorsitzender des »Zentrums« und Mateusz Piskorski, ein ehemaliger Abgeordneter der Partei »Samoobrona« im polnischen Parlament, sein Stellvertreter. Piskorski wurde im Mai 2016 in Warschau in Untersuchungshaft genommen, weil ihm die polnische Generalstaatsanwaltschaft Spionage für den russischen Nachrichtendienst vorwirft.



Screenshot vom Twitter-Account des Außenministeriums der Volksrepublik Donezk. Ochsenreiter als »Wahlbeobachter«

Nähe zur AfD

Besonders eng scheint Ochsenreiters Kontakt in der AfD zu dem Bundestagsabgeordneten Frohnmaier zu sein. Die Kontakte dürften mindestens bis 2014 zurückreichen. Damals, am 17. Oktober des Jahres, besuchten Frohnmaier und das AfD-Mitglied Dubravko Mandic die Konferenz »Paris – Berlin – Moscow – Belgrade: New Agreement in Europe« in Belgrad. Teilnehmer war auch Ochsenreiter. Bei der Partei tauchte der rechte Publizist vor allem als Experte gegen die Russlandsanktionen auf. So etwa bei einem vom Thüringer AfD-Landtagsabgeordneten Thomas Rudy am 9. Februar 2017 ausgerichteten AfD-Abend in Gotha gegen die »antirussischen Sanktionen«. Auf Fotos posierten Ochsenreiter und Rudy mit einer Flagge der sogenannten »Volksrepublik Donezk«. Am 1. April 2017 veranstaltete die sächsische AfD in Freiberg einen »Russland-Anti-Sanktionsgipfel« unter dem Titel »Beendigung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland« beziehungsweise »Zusammenarbeit statt Konfrontation«. Daran nahmen diverse AfD-Abgeordnete aber auch Mitglieder der FPÖ, der italienischen »Lega«, des »Vlaams Belang«, Gäste aus Russland und eben auch Ochsenreiter teil. Von September 2018 bis Januar 2019 war Ochsenreiter als Fachreferent der AfD für den Entwicklungshilfeausschuss des Deutschen Bundestages im Büro von Markus Frohnmaier beschäftigt. Nachdem in den Medien im Januar 2019 gegen Ochsenreiter der Vorwurf einer Beteiligung an einem Anschlag in der Ukraine laut wurde, stellte sich Frohnmaier anfangs noch vor seinen Mitarbeiter, ließ ihn dann aber fallen – mutmaßlich auf Druck der Parteispitze.

Der Anschlag

In Warschau findet zur Zeit ein Prozess gegen mehrere Mitglieder der faschistischen Gruppe »Falanga« statt. Dabei tauchte Ochsenreiters Name im Zusammenhang mit einem Anschlag in der Ukraine auf. Ihm wird vorgeworfen, für 1.500 Euro einen Brandanschlag in der ukrainischen Stadt Uschhorod auf eine ungarische Einrichtung in Auftrag gegeben zu haben. Dieser Anschlag mit Molotow-Cocktails am 4. Februar 2018 sollte ukrainischen Neonazis zugeordnet werden. Nach Informationen der Zeitung »Die Zeit« hat die Staatsanwaltschaft Berlin daher inzwischen ein Ermittlungsverfahren gegen Ochsenreiter eingeleitet. Es ist bisher unbewiesen, ob Ochsenreiter die ihm zugeschriebene Rolle des Auftraggebers gespielt hat. Da der Anschlag auf eine Institution der ungarischen Minderheit im Westen der Ukraine offenbar der Destabilisierung der Westukraine dienen sollte, liegt eine Einflussnahme aus russisch-nationalistischen Kreisen nahe. Gemeint sind damit nicht unbedingt direkte Anweisungen der russischen Regierung, die über ganz andere Mittel verfügt und nicht auf einen stümperhaften »Freelancer« angewiesen ist. Ein Hinweis auf einen möglichen Geldgeber könnte aber Ochsenreiters zeitweilige Tätigkeit als Administrator der deutschen Facebook-Seite von »Katehon« sein. Hinter dem 2015 gegründeten Think Tank steht als Gründer und Finanzier der russische Oligarch Konstantin Malofeev. Hinweise auf mögliche Hintermänner könnten aber auch in der Finanzierung der zahlreichen internationalen Reisen von Ochsenreiter zu finden sein – deren Finanzierung ist ebenfalls unbekannt.

#DerFlügel

Begehrtes Steuergeld

Die »Alternative für Deutschland« in Thüringen will mit einer parteinahen Stiftung an Steuergeld kommen. Der Vorstand besteht aus Getreuen des Thüringer Partei- und Fraktionschefs Björn Höcke, UnterstützerInnen des rechtsradikalen Netzwerks »Der Flügel« und langjährigen Aktiven der »Neuen Rechten«.

von Ernst Kovahl



Torben Braga und Björn Höcke am 2. Dezember 2017 auf dem AfD-Parteitag in Hannover

Sogar dem »Mitteldeutschen Rundfunk« war die eigentlich unbedeutende Nachricht eine Meldung wert: »Die Thüringer AfD will eine politische Stiftung im Land aufbauen«, hieß es am 1. März 2019 stündlich im Radio. Am selben Tag hatte die »Thüringer Allgemeine« (TA) berichtet, dass der Landesverband der »Alternative für Deutschland« (AfD) eine »Carl-Joseph-Meyer-Stiftung« (CJMS) gegründet habe, um künftig an Steuergelder zu kommen. Die Stiftung wolle, so ließ die Lokalzeitung den AfD-Pressesprecher im Freistaat und das Vorstandsmitglied der CJMS, Torben Braga, erklären, Wissenschaft und Bildung, die Förderung von europäischer Zusammenarbeit und Kultur sowie Veranstaltungen organisieren. Dies sei, so Braga mit Blick auf die anderen parteinahen Stiftungen, »was auch alle anderen in ihren Satzungen stehen haben.«

Der Zweck des Vereins ist es, an den Geldtopf im Thüringer Landeshaushalt für parteinahe Bildungsvereine (»Stiftungen«) zu kommen. 450.000 Euro stehen dafür im Freistaat 2018 und 2019 jeweils zur Verfügung. Sie werden bisher an die parteinahen Stiftungen von SPD, FDP, Grüne, CDU und Linke vergeben. Das Geld können nur Vereine bekommen, »die mehrjährig existent sind und eine eigene Geschäftsstelle in Thüringen betreiben« – beides kann die AfD-nahe Stiftung in Thüringen nicht vorweisen. Da es bis zu einer Förderung der bundesweiten »Desiderius-Erasmus-Stiftung« aus Bundesmitteln und dem Aufbau von Strukturen vor Ort noch einige Jahre dauern dürfte, wählt die AfD nun den Weg über eigene Vereine in den Ländern. Burschenschafter Torben Braga bestätigte die Strategie gegenüber der TA: »Wenn wir zeitnah unsere Ziele erreichen wollen, dann geht das nur über eine eigenständige Stiftung.«

»Waffengleichheit«

Gegenüber der TA erklärte der AfD-Abgeordnete Stefan Möller, zwar stehe man dem System der parteinahen Stiftungen weiterhin kritisch gegenüber, aber »wir benötigen halt Waffengleichheit gegenüber der Konkurrenz.« Die AfD werde quasi gezwungen, in das angeblich abgelehnte System der »Altparteien« einzusteigen. Dabei ist die Thüringer Stiftung ganz und gar nicht neu – es hatte bloß noch niemand über sie berichtet. Denn die Satzung des Vereins, der sich derzeit um die Anerkennung der Gemeinnützigkeit bemüht, wurde bereits am 18. Oktober 2017 beschlossen und der Verein am 15. August 2018 beim Amtsgericht Erfurt registriert. Die Pläne sind offenbar noch älter, eine Website war bereits vor geraumer Zeit angemeldet worden. Die Domain war im Besitz von Torben Braga – die letzte Änderung erfolgte am 1. Februar 2017. Und auch auf Facebook existiert schon seit Ende August 2017 eine Seite. Doch aktiv ist der Verein bisher offenbar noch nicht.



Dr. Jens Dietrich

»Der Flügel«, JA, Höcke-Jünger und »Neue Rechte«

Öffentlich bekannt wurden bisher lediglich Braga als Vorstandsmitglied der CJMS und Stefan Möller als Mitgründer des Vereins, die beide zum engsten Umfeld des rechtsradikalen Björn Höcke gehören, der Leitfigur des AfD-Netzwerks »Der Flügel«. Braga ist Schatzmeister der Stiftung, war lange Zeit »Assistent« von Höcke in der Landtagsfraktion, ist Ansprechpartner für Presseanfragen der AfD-Jugend »Junge Alternative« und bis heute Pressesprecher des von Höcke und Möller geführten Landesverbands der Partei. Er ist Mitglied der »Marburger Burschenschaft Germania«, die politisch zwischen der »Neuen Rechten« und offenem Neonazismus changiert, und war Sprecher des korporierten, völkischen Dachverbands »Deutsche Burschenschaft«. Auch Möller ist seit Jahren eine wichtige Stütze Höckes und war Erstunterzeichner der »Erfurter Resolution«, dem politischen Grundsatzpapier von »Der Flügel«.

Bei näherer Betrachtung weiterer AkteurInnen im Vereinsvorstand wird deutlich: Der Vorstand besteht aus Höcke-Getreuen, Unterstüt-



Stefan Möller

zerInnen des rechtsradikalen Netzwerks »Der Flügel« und langjährigen Aktiven der »Neuen Rechten«. Der Vorsitzende des Vereins, Dr. Jens Dietrich, ist Mitglied im Landesvorstand der Partei, unter anderem in der Programmkommission und in der »Unterstützung der Geschäftsstelle« tätig sowie stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbands Ilmkreis/Gotha. Der Chemiker ist korporiert in der »Burschenschaft Sigambria et Alemannia zu Siegen« und war jahrelang im Vorstand deren »Altherrenverbands«. Zeitweise übernahm er die Funktion als stellvertretender Vorsitzender der Landespartei, nachdem eine Kritikerin des Rechtskurses der Partei zurücktrat. Dietrich legte den GegnerInnen Höckes damals laut Presseberichten nahe, die AfD zu verlassen. Inzwischen arbeitet er als Mitarbeiter in der Bundestagsfraktion, wo er »Geschäftsführer« der Landesgruppe der Thüringer AfD-Bundestagsabgeordneten wurde.



Screenshot von Henkels inzwischen abgeschalteter Homepage

»Ehemaliger Skinhead«

Vorstandsmitglied der Thüringer Stiftung ist auch Birgit Noll, Beisitzerin im Landesvorstand der Thüringer AfD, Vorsitzende des Kreisverbands Westthüringen, Referentin von Stefan Möller – und auch ihr Name stand auf der Liste der UnterstützerInnen der »Erfurter Resolution«. Auch der stellvertretende Vorsitzende der Stiftung, Dr. Michael Henkel, hat eine ausgewiesen rechte Vita – und muss ebenfalls zu den Kräften direkt um Höcke gezählt werden. Als Referent für Grundsatzfragen, Europapolitik, Kultur und Medien in der Thüringer Landtagsfraktion ist er inhaltlich Höckes »rechte Hand«. Er bewegt sich seit Jahren zwischen Hochschule, katholischer Kirche und der »Neuen Rechten« – zum Beispiel als Autor im AfD-nahen Blog »Die freie Welt«, in der Schriftenreihe der »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung«, die der neu-rechten Zeitung »Junge Freiheit« nahe steht. Henkel setzt seit Jahren – bisher öffentlich nahezu unbemerkt – die Strategie der »Neuen Rechten« um, der es in der Vergangenheit nicht um parlamentarische Mehrheiten oder Präsenz in Boulevard-Medien, sondern um die Erringung von Hegemonie in Hochschulen, bei Intellektuellen und unter gesellschaftlichen Eliten ging. Neben ihm dürfte Heiko Luge als Mitglied des Stiftungsvorstands der zweite »Intellektuelle« der Stiftung sein: Er arbeitet für den Thüringer Bundestagsabgeordneten Jürgen Pohl, der dem »völkisch-sozialen« Flügel zuzurechnen ist. Luge ist Herausgeber eines Buches über den Anfang 2017 verstorbenen rechten Vordenker und früheren Herausgeber der »Staatsbriefe« im einschlägigen »Ares Verlag«, Hans-Dietrich Sander. Im rechten »Arnshaugk Verlag« aus Thüringen gibt Luge die gesammelten Schriften Sanders heraus. Auch der Inlandsgeheimdienst kennt das heutige Mitglied des Stiftungsvorstands. So schrieb das »Bundesamt für Verfassungsschutz« in seinem Bericht 2001 über ihn und seine Tätigkeit für das rechtsradikale »Deutsche Kolleg« (DK): »Schulungsleiter des DK ist der ehemalige Skinhead Heiko LUGE.« Im DK war unter anderem auch der spätere Holocaust-Leugner Horst Mahler führend tätig.

Der Vorstand der »Carl-Joseph-Meyer-Stiftung« ist fest in der Hand von Personen aus dem direkten Umfeld von Höcke und dessen völkischem »Flügel«. Neu-rechte Denker und ein völkischer Burschenschafter ergänzen dieses Spektrum. Über den früheren Schulungsleiter des »Deutschen Kolleg« ergeben sich sogar Schnittstellen zum Spektrum der Holocaust-LeugnerInnen und »Reichsbürger«.

An die Fleischtöpfe

Gerade die »Neue Rechte« schielt begierig auf die Gelder der AfD, ihrer Fraktionen und der Stiftungen. Die bisher laut vorgetragene Kritik an der Parteien- und Stiftungsfinanzierung kippt schnell um in ein offenes Rennen an die Fleischtöpfe. Ganz offen formulierte das Ende der Zurückhaltung beispielsweise der »Gastautor« Martin Hettstedt Ende Februar 2019 im Blog der neu-rechten »Sezession«: Es könne »mehr als bisher getan werden«, um mit den Geldern »neben der reinen Parlaments- und Parteiarbeit auch das politische Vorfeld der AfD zu stärken«, schrieb er in einem Aufsatz, in dem es ausschließlich um die Forderung ging, Gelder aus der Partei umzuleiten. Verschämt nennt er das »politische Vorfeldpflege« und warnt, diese Planungen nicht vor den Augen der Öffentlichkeit darzulegen, sondern geheim zu halten. Die verfügbaren »riesigen Summen« seien »bis auf den letzten Cent« für den »Kampf gegen einen an Mitteln und Ressourcen vielfach überlegenen Gegner« »bitter nötig«, schrieb er. Bitter nötig ist das Geld offenbar auch für die zunehmende Zahl neu-rechter AkademikerInnen, die nach dem Studium schnell in Lohn und Brot kommen wollen.

Ausgang offen

Doch dass die Thüringer AfD-nahe Stiftung schnell an Geld kommt, ist noch nicht ausgemacht. Eine Sprecherin der zuständigen Staatskanzlei wies gegenüber der Zeitung »Freies Wort« darauf hin, dass nur jene Vereine Zuschüsse bekämen »die mehrjährig existent sind«. Darüber hinaus dürften die Behörden vor einer Förderung auch prüfen, ob durch die politisch einschlägige Zusammensetzung des Vereinsvorstands eine Förderung möglich ist. Denn »Der Flügel« um Höcke ist – anders als die AfD als Partei – in Gänze »Verdachtsfall« des Inlandsgeheimdienstes, ebenso die »Junge Alternative« (JA). Die absolute Dominanz von »Flügel«-, Höcke- und ehemaligen JA-Leuten sowie eines ehemaligen Funktionärs des DK in der CJMS ist unübersehbar. Am Problem der »Gemeinwohlgefährdung« wegen ihrer Beobachtung durch den Geheimdienst waren schon die Bemühungen der rechtsradikalen Partei »Die Republikaner« um Gründung und Förderung einer »Franz-Schönhuber-Stiftung« in Nordrhein-Westfalen gescheitert. Der Fall beweist, dass die Finanzierung parteinaher Stiftungen kein Automatismus ist, sondern durch politische und juristische Entscheidungen beeinflusst wird. Ob also künftig die Gesellschaft die »Alternative für Deutschland« und ihr Umfeld mit weiteren Millionenbeträgen subventionieren will, ist auch eine Entscheidung darüber, wo die Gesellschaft eine rote Linie gegenüber der radikalen Rechten ziehen will.

Jürgen Pohl, Stefan Möller, Björn Höcke und Birgit Noll (v.l.n.r.) am 1. Mai 2018 in Eisenach



Anschläge verhindert

Greece / USA. Im Bundesstaat New York sind am 18. und 19. Januar 2019 vier Männer festgenommen worden, die einen Anschlag auf die 200-köpfige muslimische Gemeinde Islamberg in Delaware County geplant haben sollen. Bei Hausdurchsuchungen beschlagnahmten die Polizeibehörden 23 Schusswaffen und drei selbstgebaute Sprengvorrichtungen. Die mittlerweile Angeklagten Brian Colaneri, Andrew Crysel, Vincent Vetromile und Nicholas Pheilshifter hatten ihre Tat über die Plattform »Discord« geplant, die auch als Vernetzungstool für »Alt-Right«- und »White Supremacist«-AktivistInnen fungiert. Die 16- bis 20-jährigen Schüler sollen sich zum Teil bei den Pfadfindern kennengelernt und über das Internet radikalisiert haben. Die Pläne flogen auf, weil der jüngste der Beschuldigten gegenüber MitschülerInnen Bemerkungen über einen möglichen Amoklauf an der Schule gemacht hatte. Diese alarmierten daraufhin die Polizei. Die Staatsanwaltschaft von Monroe County hat inzwischen sechs Anklagen wegen terroristischer Straftaten erhoben.

Im Bundesstaat Maryland hat die Polizei Mitte Februar einen Offizier der Küstenwache festgenommen. Der 49-jährige Christopher P. Hasson wird beschuldigt, Anschläge auf JournalistInnen und führende PolitikerInnen der »Demokraten« geplant zu haben. Bei einer Hausdurchsuchung wurde neben 15 Schusswaffen und 1.000 Schuss Munition auch eine Liste mit potentiellen Opfern gefunden. Laut den ErmittlerInnen hatte Hasson in den vergangenen zwei Jahren verstärkt Internetplattformen »Weißer Nationalisten« und Neonazis besucht. Besonders Interesse entwickelte er für das 1.500-seitige »Manifest« des norwegischen Massenmörders Anders Behring Breivik.

Veranstaltungen zum »Tag der Ehre«

Budapest / Ungarn. Am 9. Februar 2019 haben Neonazis erneut den »Tag der Ehre« in der ungarischen Hauptstadt begangen. An einem gemeinsamen Aufmarsch der Neonazi-Netzwerke »Hammerskins«, »Hatvannégy Vármegye Ifjúsági Mozgalom« (»64 Gespannschaften«), »Skins4Skins« und »Blood&Honour« nahmen rund 300 Personen teil. Sie legten an einem Kriegerdenkmal Kränze ab und hörten unter anderem Reden von Vertretern des schwedischen »Nordic Resistance Movement« und der Partei »Die Rechte«. Auch serbische, russische und italienische Neonazis, teils in historischen Uniformen der faschistischen Armeen, waren anwesend. Am Nachmittag versammelten sich mehrere tausend TeilnehmerInnen auf dem Kapisztran-Platz in der Budapester Burg und brachen von dort zu einem Gedenkmarsch auf. Laut AugenzeugInnen befanden sich darunter ebenfalls uniformierte, teils mit Waffen und Handgranaten bestückte Personen. Das Uniformierungsverbot für Demonstrationen wurde umgangen, indem der Marsch zum »historisches Reenactment« erklärt wurde. Aus Deutschland nahmen Angehörige der Parteien »Der III. Weg«, »Die Rechte« sowie freier Kameradschaften und RechtsRock-Bands teil. Am gleichen Wochenende richteten »Blood&Honour« und »Hammerskins« ein RechtsRock-Konzert aus. Der »Tag der Ehre« fand zum 15. Mal statt und wird seit 2003 von einem ungarischen Ableger des »Blood&Honour«-Netzwerks organisiert. In Budapest protestierten laut Medienberichten etwa 250 AntifaschistInnen gegen die Veranstaltungen, vor der ungarischen Botschaft in Berlin versammelte sich ein Dutzend Menschen, um Protest auszudrücken.

Deutscher RechtsRock in Südamerika

Puerto Montt / Chile. Am 16. Februar 2019 hat die RechtsRock-Band »Smart Violence« ein Konzert in der chilenischen Hafenstadt Puerto Montt abgehalten. Außerdem spielten die brasilianische Band »Bandeira de Combate« (»Kampfflagge«) und die chilenischen Bands »Orgullo Sur« (»Südlicher Stolz«) und »Golpe de Bota« (»Stiefeltritt«). »Smart Violence«. »Bandeira de Combate« und »Orgullo Sur« haben bereits Platten beim Allgäuer Label »Oldschool Records« veröffentlicht. Für März sind zudem Konzerte in Brasilien und Chile angekündigt, bei denen die Bremer Band »Kategorie C – Hungrige Wölfe« und »Brutal Attack« aus London spielen sollen. In Sao Paolo wird ebenfalls »Bandeira de Combate« auf der Bühne stehen. In Santiago de Chile ist ein Auftritt auf einer RAC-Party (»Rock against Communism«) geplant, bei der zudem »Odal Sieg« und »Lanz« aus Chile sowie »Muerte y Calaveras« (»Tod und Schädel«) aus Argentinien auftreten sollen. In beiden südamerikanischen Ländern gibt es jeweils Ableger des »Blood&Honour«-Netzwerks.

Verbot geplant

Paris / Frankreich. Beim Jahresempfang des »Conseil Représentatif des Institutions juives de France«, (»Dachverband jüdischer Organisationen in Frankreich«, Crif) am 20. Februar 2019 hat Emmanuel Macron das Verbot der extrem rechten Netzwerke »Blood&Honour«, »Combat 18« und »Bastion Social« angekündigt. Der französische Ableger mit dem Namen »Hexagone« hat unter anderem enge Verbindungen zur deutschen Kampfsport- und RechtsRock-Szene. So traten französische Kampfsportler beispielsweise bei dem deutschen Event »Schild und Schwert« in Ostritz an. Neben diesem Verbot plant Macron einen Gesetzesentwurf gegen Hasskriminalität im Internet, der bis Mai vorliegen soll.

#Aufrüsten

Waffen-Lobby

Unter BesitzerInnen von Pistolen und Gewehren geht die Angst vor Gesetzesverschärfungen um. Die »Alternative für Deutschland« bietet sich als politische Vertretung an. Teile der Waffen-Lobby nehmen dieses Angebot gern an, denn beide Seiten vertreten ähnliche Weltbilder.

von Lucius Teidelbaum

Insgesamt gibt es in Deutschland aktuell 250.000 JägerInnen und 2016 gab es etwa 2,3 Millionen BesitzerInnen von legalen Waffen. Auch hierzulande gibt es eine organisierte Lobby von SchützInnen und JägerInnen. Sie hat allerdings deutlich weniger Einfluss als in den USA, wo die mächtige »National Rifle Association« (NRA) zumeist den KandidatInnen der »Republikaner« Millionen Dollar im Wahlkampf spendet.

Der rechte Teil der deutschen Waffen-Lobby scheint die »Alternative für Deutschland« (AfD) als Wahlalternative zu begreifen (s. drr Nr. 163). Das ist kein Zufall, denn beide Seiten vertreten ähnliche Weltbilder. Demnach schränke der deutsche Staat den Zugang zu Waffen immens ein, um die BürgerInnen zu entmündigen. Beim Waffenbesitz geht es diesen Gruppen nicht nur ums Sportschießen, sondern auch um die Befähigung zur Selbstverteidigung. Häufig wird das mit einem archaischen Männlichkeitsbild kombiniert. In ihrer Selbstwahrnehmung müssen die Waffenbesitzer als ‹echte Männer› fähig sein, Familie und Heim zu beschützen; besonders in der gefühlten beziehungsweise erwarteten Krise, bis hin zu erdachten Bürgerkriegsszenarien. In der rassistisch konnotierten Version sei der Staat obendrein zu schwach, seine BürgerInnen vor ‹feindlichen› Migranten zu schützen. Also müsse man selbst zur Waffe greifen. Dieser »Vigilantismus« ist eine Form von »Selbstjustiz« und hat in den letzten Jahren die Gründung von ‹Bürgerwehren› befeuert, nicht nur im Internet, sondern auch auf der Straße. Im sächsischen Freital mündete dies in rechtsterroristischen Anschlägen (s. drr Nr. 161).

Ein Teil der WaffenbesitzerInnen scheint gleichzeitig auch der Ideologie des rechten Libertarismus nach den Ideen August von Hayek bis Ayn Rand nahe zu stehen, der sich gegen den Staat an sich oder dessen innenpolitische Interventionen richtet. Demnach ist der Staat nicht nur zu schwach, sondern soll es auch bleiben. Im Vordergrund steht der individuelle Akteur. Waffenbesitz wird dabei auch als Ausdruck individueller Freiheit verstanden. So ist Ron Siderius Vorstandsmitglied der »German Rifle Association«, auch Autor des Buches »Die letzte Verteidigungslinie. Mehr Waffen, weniger Angst«, welches im rechts-libertären Lichtschlag-Verlag von Andre Lichtschlag erschien, der auch Herausgeber von »eigentümlich frei« ist.

Kleiner Bruder der NRA

In der Namensgebung orientiert sich die 2015 gegründete »German Rifle Association« (GRA) mit Sitz in Bochum an ihrem großen Vorbild in den USA. Ins Leben gerufen wurde sie vom Sauerländer Sportschützen Marc Schieferdecker, einst Leiter der AG Waffenrecht in der Piratenpartei. Er ist Autor in »eigentümlich frei« und sprach laut Ankündigung am 11. November 2016 bei der extrem rechten »Burschenschaft Normannia-Leipzig« zu Marburg zum Thema »Für ein liberales Waffenrecht«. Auch bei der AfD sollen GRA-Mitglieder aufgetreten sein. Am 26. Oktober 2016 fand in »Adams Gasthof« in Moritzburg der »Patriotische Salon« der AfD statt; Thema: »Die German Rifle Association stellt sich vor. Für eine Liberalisierung der Waffengesetze und bewaffnete Bürger!« Im Gegenzug trat der AfD-Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier am 7. April 2018 in Wiesloch beim GRA-Jahrestreffen auf.

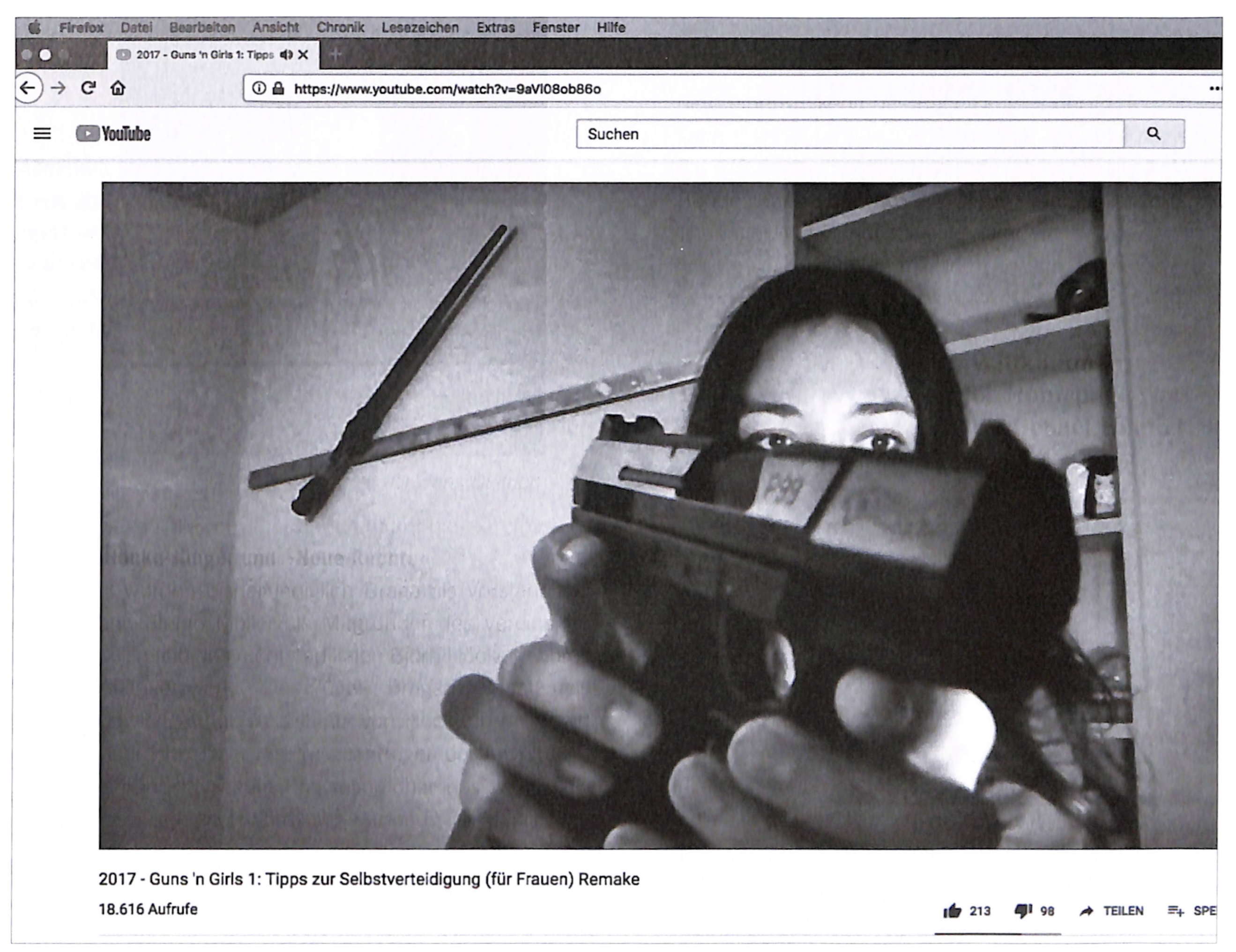
Die GRA ist nicht die einzige Organisation, die sich an der NRA orientiert. Das tut auch der Verein »Prolegal – Interessengemeinschaft für Waffenbesitz e. V.« mit Sitz in Bruchsal. Er wurde 2009 gegründet und pflegt ebenso Kontakte zur NRA. Vor der Bundestagswahl im Jahr 2013 sprach sich »Prolegal« noch für die FDP aus. Vier Jahre später diskutierte der Verein bereits, ob die AfD nicht die bessere Option sei.

Verbindungen unter Waffen

Hinzu kommen studentische Jagdverbindungen im deutschsprachigen Raum. Die meisten sind im Dachverband »Wernigeroder Jagdkorporationen Senioren-Convent« (WJSC) organisiert. 2017 gehörten ihm 13 aktive, jagdlich ausgerichtete Studentenverbindungen mit insgesamt 700 bis 800 Mitgliedern an. Als Ziel gibt der WJSC den »Schutz unserer heimischen Natur« und die »Einhaltung der Grundsätze deutscher Waidgerechtigkeit« an. Weitere Jagdverbindungen sind im »Kongreß Akademischer Jagdcorporationen« (KAJC) miteinander verbunden. Sich selbst bezeichnen die Jagdverbindungen meist als ‹konservativ›, aber über ihre offene rechte Flanke sprechen sie weniger. So lud die »Verbindung akademischer Jägerinnen und Jäger Venatio« zu Leipzig 2016 zum Akademikerball der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) nach Wien ein. Das »Jagdcorps Artemis München« nahm laut seinem Programm bereits 2010 daran teil. Eindeutig deutschnational ist die »Akademische Jägerschaft Silvania Wien«, die neben dem »Wiener Korporationsring«, auch dem KAJC angehört. Eines ihrer prominentesten Mitglieder war der verstorbene FPÖ-Chef Jörg Haider.

Spartenblätter

Einige Jagd- und Waffen-Magazine kokettieren ebenso mit Rechtsaußen. Im Jahr 2013 schaltete die »RWM-Depesche« eine Anzeige in der »Jungen Freiheit« (JF). Darin schrieb im Januar 2016 auch Walter Schultz als Gastautor, seines Zeichens Herausgeber des »Deutschen Waffen Journals« (DWJ). In seinem eigenen Magazin rief Schultz alle WaffenbesitzerInnen auf, »sich der Bedrohung durch das europaweite Waffenverbot entgegenzustellen« (2/2016). Das Heft ist nach eigenen Angaben offizielles Organ des »Bund Deutscher Sportschützen«. Ende 2015 nahm das DWJ Anzeigen der AfD-Abspaltung »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« ins Heft auf, und 2005 und 2006 warb es seinerseits in der extrem rechten »Deutschen Militärzeitschrift« sowie 2015 in der JF. Weitere Blätter dieser Sparte sind »caliber« und



Screenshot vom YouTube-Kanal von Carolin Matthie aus Berlin

»Visier«. In Ersterem forderte der Chefredakteur Stefan Perey »den legalen Waffenbesitz in der Zivilbevölkerung zu liberalisieren, weil der Staat ohnehin nicht mehr seine Sicherheitsaufgaben vollumfänglich erfüllen kann« (1/2016). Der Chefredakteur von »Visier«, Matthias Recktenwald, geht noch weiter: »Gegebenenfalls müssen die Bürger die Rolle der Polizisten wahrnehmen« (1/2016).

Gegenseitige Annäherung

Die AfD bemüht sich, die WaffenbesitzerInnen zu gewinnen. Forderungen nach einem liberalen Waffenrecht wurden in die Parteiprogramme aufgenommen und öffentlich geriert man sich als politische Vertretung. In dem Flyer »Keine Verschärfung des deutschen Waffenrechtes – wirkungsvolle Bekämpfung des illegalen Schusswaffenbesitzes« der AfD-Fraktion Thüringen von 2017 heißt es: »Die Politik versucht, den legalen Waffenbesitz verächtlich zu machen und als rückständig, potentiell kriminell sowie unmodern zu diffamieren. Das geltende Waffenrecht stellt ganze Bevölkerungsgruppen wie Jäger und Sportschützen oder staatlich geprüfte Waffensachverständige unter Generalverdacht. (...) Wir regen an, dass auch unsere Bürger, wie schon Österreicher und Tschechen, die Möglichkeit des legalen Waffenbesitzes zur Verteidigung von Haus und Hof erhalten. Die Fraktion der AfD im Thüringer Landtag setzt sich konsequent für die Jahrhunderte alte Thüringer Waffenbau-, Jagd- und Sportschützentradition und die Beibehaltung bewährter Gesetze und Regeln ein.«

AfD und viele WaffenbesitzerInnen treffen sich im Selbstbild aus wehrhafter Männlichkeit und Vigilantismus wieder. Das Ergebnis ist die gemeinsame Forderung nach einem ‹liberalen› Waffenrecht und Zuspruch aus der Lobby für die AfD. Auf regionaler Ebene gibt es sogar personelle Überschneidungen. Martin Bürner aus Schwäbisch Hall ist Geschäftsführer des Landesjagdverbands Baden-Württemberg e. V. und war gleichzeitig Beisitzer im AfD-Kreisverband Schwäbisch Hall. Die von »Der Spiegel« als »Postergirl der Waffenlobby« bezeichnete Carolin Matthie aus Berlin wirkt wie ein Sprachrohr der GRA und umgekehrt erwähnt die Vereinigung sie wohlwollend. Im Internet tritt Matthie als Model und Instagram-Influencerin auf. Außerdem verbreitet sie YouTube-Videos von ihren Schießtrainings mit großkalibrigen Waffen, kommentiert den AfD-Aufmarsch, an dem sie im Mai 2018 selbst in Berlin teilnahm oder die Vorfälle in Chemnitz. Im vergangenen Jahr ist sie in die AfD eingetreten und gehört seit letztem November dem Vorstand des Bezirksverbandes Treptow-Köpenick an. Außerdem nahm sie 2018 am Neujahrsempfang der JF teil. In einem Gastbeitrag im AfD-nahen »Deutschland-Kurier« plädierte Matthie für die Selbstbewaffnung mit Pfefferspray oder Schreckschusspistole, da insbesondere Frauen sonst völlig wehrlos seien: »Man hat die Wahl, ob man entweder komplett unvorbereitet ohne Verteidigungsmöglichkeit sein möchte oder sich für ein Verteidigungsmittel seiner Wahl entscheidet und zumindest eine gewisse Bandbreite der Möglichkeiten abdeckt. Ich halte Letzteres für sinnvoller.« Wenig überraschend forderte auch sie ein liberaleres Waffengesetz und nannte als Vorbild die Gesetzeslage in Tschechien, wo es seit Juni 2017 erlaubt ist, eine scharfe Waffe zu tragen.

Die Annäherung von Teilen der Waffenlobby und der Rechtsaußenpartei wird immer offensichtlicher. Das hat für die AfD auch Vorteile für ihre Infrastruktur. Denn es ist wohl kein Zufall, dass so manche ihrer Veranstaltungen in einem Schützenvereinsheim stattfindet, wie etwa in Mannheim, wo das Schützenhaus im Stadtteil Feudenheim der Partei bereits Dutzende Male einen sicheren Hafen für ihre Veranstaltungen geboten hat.

#WeisseWölfe

»Terrorcrew«, aber keine kriminelle Vereinigung

Im Oktober 2015 durchsuchte die Polizei 12 Wohnungen von Neonazis der »Weisse Wölfe Terrorcrew« in Nordbayern und fand unter anderem eine scharfe Schusswaffe mit Munition sowie mehrere Kugelbomben. Drei Jahre später verhandelte das Landgericht Bamberg gegen vier Beteiligte.

von Robert Andreasch

Eine Hakenkreuz-Fahne, eine 9mm-Pistole, Kugelbomben, eine Schleuder, Säbel, schwarz-weiß-rote Bamberg-Banner, Schallplatten mit Märschen der Waffen-SS und RechtsRock-CDs: Am 22. Oktober 2015 gingen martialische Bilder durch die Medien. Die bayerischen Behörden präsentierten die Funde, die sie bei Razzien gegen Neonazis im Raum Bamberg sicherstellen konnten. Zeigte sich hier, vier Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU, nun ein härterer Kurs gegen die terroristische Rechte? »Die bayerischen Sicherheitsbehörden haben rechtsextreme Umtriebe sehr genau auf dem Schirm und greifen konsequent durch«, erklärte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) noch am selben Tag. Doch was passierte nach diesem, wie es die bayerische Staatsregierung nannte, »wichtigen Schlag gegen Rechtsextremisten«? In den folgenden drei Jahren geschah in Bamberg nichts. Erst am 10. Oktober 2018 begann am dortigen Landgericht der Prozess, allerdings nur noch gegen vier der einst mindestens elf Verdächtigen. Die Staatsanwaltschaft warf Andreas Groh (Windischletten), Nadine Hofmann (Bamberg), Marcel Diller (Kemmern) und Patrick Hofmann-Kraus (Bamberg) vor, eine kriminelle Vereinigung innerhalb der »Weisse Wölfe Terrorcrew« (WWT) gebildet zu haben. Die Angeklagten hätten zudem Sprengstoff beschafft, mehrere Körperverletzungsdelikte an PassantInnen und ZivilpolizistInnen begangen sowie Angriffe auf zwei Geflüchtetenunterkünfte in Bamberg und auf den antifaschistischen Raum »Balthasar« geplant.

»Weisse Wölfe Terrorcrew«

In der am 16. März 2016 durch den Bundesinnenminister verbotenen »Weisse Wölfe Terrorcrew« hatten sich bundesweit und in den Nachbarländern Neonazis unter dem Label, Fans der RechtsRockband »Weisse Wölfe« zu sein, zusammengeschlossen. Der Prozess ergab kaum neue Erkenntnisse über die Struktur unter Sebastian »Basti« Rudow (Berlin) und Alexander Scholl (Fellbach), die ab spätestens Dezember 2014 über einen lokalen Ableger, »WWT Franken«, mit rund einem Dutzend Mitgliedern verfügte. Bundesweit kommunizierten die Mitglieder über WhatsApp-Gruppen (»One family«). In den regionalen WhatsApp-Gruppen »Fränkischer Stammtisch« und »Nationalisten Bamberg« koordinierten sich Neonazis aus Parteien, »Freien Kräften« und WWT spektrenübergreifend. Die Neonazis aus der »Terrorcrew« vernetzten sich nicht nur mit »Die Rechte« und der NPD, sondern auch mit »Der III. Weg« und anderen Neonazigruppen sowie Hooligan-Szenen in Stuttgart, Nürnberg und München.
Die Ziele der »WWT Franken« seien, so sagte es der Angeklagte Marcel Diller aus, der Kampf »mit Gewalt« gegen linke Personen und gegen die Internetplattform »indymedia« gewesen. Ab Sommer 2015 planten sie ihre militanten Aktivitäten gegen AntifaschistInnen und gegen Geflüchtete zu verstärken: Am 31. Oktober 2015 wollten sie zusammen mit angereisten Neonazis und Hooligans parallel zu einem Neonaziaufmarsch in Bamberg den dortigen linken Raum »Balthasar« stürmen, die Anwesenden und die Einrichtung attackieren. Man sprach in einem Chat von der »Vollendung« der bisherigen Aktionen gegen die kleine antifaschistische Institution. Der Angeklagte Patrick Hofmann-Kraus schrieb in einer WhatsApp-Gruppe: »Wir machen hier nach der Demo ne gute Aktion, nur die guten Hauer. Da muss die Antifa dran glauben, glaub mir, dann hört das auf«. Mit Böllern und Pyrotechnik wollten die Neonazis zudem bei zwei Geflüchtetenunterkünften »Angst und Schrecken unter den Bewohnern« verbreiten.

»Nationales Zentrum«

Andreas Groh und Dominik W. mieteten für Treffen des fränkischen Ablegers ab Ende 2014 oder Anfang 2015 eine konspirative Wohnung in Bamberg in der Andreas-Hofer-Straße 10 an. Die Hausbesitzerin, eine Sympathisantin der rechten Szene, verlangte dafür nur eine symbolische Miete von einem Euro im Monat. Die Neonazis dekorierten die Küche mit einer großen Deutschlandfahne und die restliche Wohnung mit Triskelen, Reichsadlern, »Die Rechte«- und »NS-Zone«-Aufklebern, Führerwein-Flaschen und einem großen »Bamberg wehrt sich«-Banner.

Waffen und Sprengstoff

Ab 2014 wurde innerhalb der WWT regelmäßig ein Schießtraining in Tschechien angeboten. Bei Online-Shops in Italien und Polen bestellten die Neonazis mindestens 78 Kilogramm pyrotechnische Gegenstände, darunter mindestens vier Kugelbomben mit laut Staatsanwaltschaft »tödlicher Primärwirkung«. Zudem kauften sie auf dem sogenannten »Vietnamesenmarkt« im nahen tschechischen Cheb weitere Kugelbomben. In einem Wald bei Bamberg sowie in einem alten US-Kasernengebäude führten sie Sprengversuche mit Bomben durch, die sie unter anderem in alten Waschmaschinen und Holzfässern zündeten. Die Explosionen, so sagte es die Angeklagte Nadine Hofmann bei der Polizei aus, habe man noch in zwei Kilometern Entfernung gehört.

Das Ende

In seinem Plädoyer verzichtete Staatsanwalt André Libischer auf den ursprünglichen Anklagevorwurf der Bildung einer »kriminellen Vereinigung«. Die Konkretisierung der Tatplanungen sei »im Nebel stecken geblieben« und es fehle für die »kriminelle Vereinigung« auch »an der strukturierten Vorgehensweise«. Auch bezüglich der Sprengstoffdelikte ruderte er zurück: »Dass hier konkret Absprachen erfolgt sind, dass mit der Pyrotechnik etwas anderes als Spaß und Silvester veranstaltet werden sollte, dafür gibt es keine Erkenntnisse«. Am 14. Dezember



Beim Prozess gegen die »Weisse Wölfe Terrorcrew« am 13.12.2018 in Bamberg

2018 ergingen die milden Urteile, sie sind noch nicht rechtskräftig. Marcel Diller wurde zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und fünf Monaten verurteilt, Nadine Hofmann zu einer Geldstrafe von 125 Tagessätzen à 15 Euro. Bei Patrick Hofmann-Kraus, der zwischenzeitlich in einem anderen Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Haftstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilt worden war, wurde eine Gesamtfreiheitsstrafe von drei Jahren gebildet. Andreas Groh wurde zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und elf Monaten verurteilt. Der Urteilsspruch hat ihn nicht gebremst: Beim Aufmarsch des »Der III. Weg« am 16. Februar 2019 in Fulda war Groh schon wieder als Ordner tätig.

Offene Fragen

Der abgeschlossene »WWT-Prozess« hat viele Fragen offen gelassen: Allen voran erstaunt die Reduktion auf vier Angeklagte. Zu den Beschuldigten im Schlussvermerk der polizeilichen Ermittlungen und zu den Mitgliedern der WWT Franken gleichermaßen gehörten noch eine ganze Reihe weiterer Neonazis, darunter dominierende Aktivisten der Gruppe wie Manuel B. und Dan E. oder der bei den Körperverletzungsdelikten mitbeteiligte Marcel M. Es ist im Prozess nicht ersichtlich geworden, warum diese nicht mitangeklagt waren. Sowohl der für die Ermittlungen zuständige Staatsanwalt als auch der verantwortliche polizeiliche Ermittlungsleiter meldeten sich »langfristig erkrankt« und konnten dazu nicht als Zeugen vernommen werden. Ein anderes Beispiel: Mehrere PolizeibeamtInnen sagten aus, dass an den Planungen des Angriffs auf den »Balthasar« noch weitere Neonazis beteiligt gewesen waren, darunter die bekannte Münchner »Der III. Weg«-Akteurin Petra Kainz. Diese habe die Aktion überhaupt erst den Bamberger »KameradInnen« nahegelegt. Ein LKA-Beamter zeigte sich noch im Prozess deswegen überrascht: »Allerdings ist unser Ermittlungsverfahren damals nicht auf die Frau Kainz ausgedehnt worden«. Rätselhaft blieb auch die einst bei der Pressekonferenz von den ErmittlerInnen präsentierte scharfe Schusswaffe: die voll funktionsfähige, halbautomatische Mauser P 08 Kal. 9mm nebst Munition wurde nicht bei den Angeklagten sichergestellt. Es konnte von den Verfahrensbeteiligten weder mithilfe von ZeugInnen noch mit den Feststellungen in der Prozessakte nachvollzogen werden, bei wem diese Waffe eigentlich aufgefunden wurde. Diese unbekannte Person habe jedenfalls nicht der WWT angehört, so dass sie auch nicht mit angeklagt wurde. Ungeklärt blieb im Verfahren auch, wieso die Bamberger Polizei offenbar standardmäßig den linken Raum »Balthasar« mit Videokameras überwacht oder warum MitarbeiterInnen des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz regelmäßig den Angeklagten Patrick Hofmann-Kraus im Gefängnis besuchen.

Die Abgründe

Der Prozess in Bamberg bot hingegen einige Einblicke in die polizeiliche Arbeit gegen rechts. Die örtlichen StaatsschutzbeamtInnen waren im Jahr 2014 auf die WWT durch einen antifaschistischen Artikel auf der am 25. August 2017 verbotenen Internetplattform »linksunten.indymedia« aufmerksam geworden, im Prozess lobten sie die anonymen VerfasserInnen gleich mehrfach: »die arbeiten mindestens genauso gut wie wir«. Doch es taten sich auch Abgründe auf. Sei es der örtliche Staatsschützer, der sich regelmäßig mit den lokalen Neonazis traf: »Ich hab mich mit denen in der Kneipe getroffen und ganz normal reden können. (...) Es war ein ganz offenes Miteinander, die waren ganz ehrlich«. Oder der führende Ermittlungsbeamte, der mit dem Ort »Lichtenhagen« nichts Genaues verbinden konnte. Da war der Staatsschützer, der die aktuellen neonazistischen Aktivitäten von Andreas Groh, des vielleicht wichtigsten Akteurs der Region, überhaupt nicht kannte und da war die Polizeibeamtin, die nach dem Aufmarsch am 1. Mai 2015 in Saalfeld undercover mit den Bamberger und Coburger Neonazis im Zug zurückfuhr, aber von deren Spontanaufmarsch unterwegs in Hallstadt nichts mitbekommen hat. Der WWT-Komplex macht deutlich, dass Polizei und Justiz nicht mit den derzeitigen Organisationsformen der militanten Rechten umgehen wollen oder können. Dass die massiv hochgerüsteten Neonazis sich in den Ermittlungen weniger als professionell-konspirative KämpferInnen, sondern als die mittlerweile »ganz normale« rechte Szene vor Ort entpuppten, scheint jedenfalls schnell zu Verharmlosungen und einem Ermittlungs-Schlendrian geführt zu haben.

Der bayerische Innenminister Joachim Hermann hatte im Oktober 2015 angekündigt, es gehe den Behörden vor allem darum, »die sichergestellten Beweismittel schnell auszuwerten, weitere Ermittlungsansätze zu gewinnen und mögliche Hintermänner aufzudecken«. Im WWT-Komplex ist von all dem nichts geschehen.



1. Mai 2017 in Halle – ganz rechts auf dem Bild ist Carsten Müller

#Aryans

Die Angriffe. Die Ermittlungen. Das Urteil.

Selten agieren gewalttätige Neonazis so enthemmt in der Öffentlichkeit wie es die »Aryans« am 1. Mai 2017 in Halle taten. In einer koordinierten Aktion veranstalteten sie einen regelrechten Jagd-Exzess auf tatsächliche und vermeintliche politische GegnerInnen. Und selten haben Neonazis dann so dreist gelogen und so unverschämt versucht, sich als Opfer darzustellen, wie Anfang des Jahres vor dem Landgericht Halle. Hier mussten sich zwei »Aryans«-Mitglieder für die Angriffe verantworten.

von Stephanie Heide

Am 1. Mai 2017 sollte in Halle (Sachsen-Anhalt) eine überregionale Neonazi-Demonstration stattfinden, doch für die 500 Neonazis wurde der Tag politisch ein »volles Desaster«, wie die Veranstalter nachher eingestehen mussten. Aufgrund der Gegenproteste war es unwahrscheinlich, dass sie auf ihrer Route weit kommen würden. Die meisten TeilnehmerInnen gelangten noch nicht einmal zum offiziellen Sammelplatz, da sie sich weigerten, sich einer polizeilichen Vorkontrolle zu unterziehen. Aus gutem Grund, wie unter anderem die Betreiber des extrem rechten YouTube-Kanals »FSN TV« im Anschluss öffentlich machten. Hatten sie doch »ohne Ende Pyrotechnik, Böller und verbotene Gegenstände dabei.« Letztlich wurde die Versammlung aufgelöst, ohne dass sie auch nur einen Meter weit gekommen waren. Gelegenheiten, die besagten Gegenstände einzusetzen, fanden die Neonazis im Anschluss.

Auftritt der Aryans

Unter den TeilnehmerInnen fiel die etwa 20-köpfige Gruppe der »Aryans« bereits durch ihre identische Bekleidung auf: Sie trugen Pullover mit der plakativen Aufschrift »Aryans – Support your Race«. Bereits direkt nach Beendigung der Neonazi-Versammlung am Bahnhof suchten sie die Konfrontation mit GegendemonstrantInnen, indem sie »Ohne Polizei wärt ihr alle tot« skandierten und einzelne Personen über den Platz jagten. Es war aber erst der Auftakt zu einer gewalttätigen Hetzjagd quer durch Halle. Eine Stunde später schrieb Martina Heinz in einer WhatsApp-Gruppe: »Zecken verdroschen. Autoscheibe von Thomas eingeworfen. Demo erfolgreich.« Die 42-Jährige befand sich zu diesem Zeitpunkt gemeinsam mit ihrem Freund Carsten Müller (40) und weiteren »Aryans«-Mitgliedern auf dem Rückweg nach Hessen.

Angriff Halle-Ost

Was zwischenzeitlich geschah, schilderte ein Geschädigter vor Gericht, der auch als Nebenkläger auftrat: Nach den Gegenprotesten fuhr er mit dem Fahrrad durch Halle-Ost und bemerkte von weitem zwei dunkle Pkw und die Gruppe der »Aryans«. Als er auf zwei andere Fahrradfahrer traf, fuhren die Autos an ihnen vorbei und er hörte jemanden rufen: »Da ist einer!« Bei der anschließenden Flucht verfolgte ihn einer der beiden Pkw – es handelte sich um den Siebensitzer von Carsten Müller aus Linsengericht im Main-Kinzig-Kreis. Aus dem Auto heraus wurde der Fahrradfahrer mit Steinen beworfen und konnte Müllers Freundin Heinz als Werferin gut erkennen. Einer der Steine verletzte ihn am Knie, bevor er entkommen konnte. Auch der andere Fahrradfahrer schilderte die Situation: Auf dem Weg nach Hause begegnete er mit einem Bekannten mehreren Jugendlichen, die warnten, dass »Nazis im Viertel Leute jagen« würden. Dann sah er die Fahrzeuge und hörte Rufe wie »Da sitzt die Sau!«. Ein Feuerwerks-

körper flog, begleitet vom Ausruf: »Jetzt geht's los, ihr Dreckszecken.« Anschließend wurden sie von den Fahrzeugen verfolgt, wobei Steine und Feuerwerkskörper geworfen wurden und die PKW versuchten, ihnen den Weg abzuschneiden. Auf der Flucht zurück zum Bahnhof sah er, wie noch mehr Menschen mit Steinen und Feuerwerkskörpern attackiert wurden. Diesmal warf einer der Angegriffenen einen Stein zurück und traf damit die Heckscheibe des PKWs, der dem 38-jährigen Thomas S. aus dem Kreis Aschaffenburg in Bayern gehörte.

Angriff Holzplatz

Wie die Angriffe weitergingen, schilderten weitere 14 ZeugInnen vor Gericht: Sie gehörten zu einer Gruppe von mehreren Dutzend Personen, die am 1. Mai eine Wanderung unternahmen. Entlang ihrer Route befand sich ein dezentral gelegener Infopunkt von »Halle gegen Rechts«, an dem sich etwa fünf Personen aufhielten. Hier, drei Kilometer vom Bahnhof entfernt, kam die Gruppe gerade vorbei, als plötzlich die beiden Pkw auftauchten und zwei Böller in Richtung des Infostandes und der Wandergruppe geworfen wurden. Alle Zeugen und Zeuginnen beschrieben die Böller später als »lauter als normale Böller«, sogenannte »Polen-« oder »China-Böller«. Mit Hilfe von Fotos eines Journalisten konnten die Angreifer und ihre Fahrzeuge schnell identifiziert werden. Ein Teilnehmer der Mai-Wanderung berichtete dem Gericht, wie er die Explosionen und lautes Gegröle gehört und wenig später die beiden Autos bemerkt hatte. Er sah, wie aus ihnen heraus Steine und kleine Jägermeister-Flaschen flogen und Reizgas versprüht wurde. Seine Freundin wurde durch Reizgas verletzt, er selbst wurde am Kopf getroffen und blutete. Dann stoppten die Autos und eine Person stürmte auf ihn zu. Er versuchte sich zu wehren, doch der Angreifer schlug ihn mehrfach mit einem dicken Stück Starkstrom-Kabel. Dank der Fotos konnte der Schläger schnell als der nun angeklagte Müller identifiziert werden. Er wurde als Rädelsführer beschrieben, der die anderen zum Aussteigen und Mitmachen antrieb. Sein Opfer plagten noch wochenlang Kopfschmerzen und Konzentrationsstörungen, zudem hat er noch immer Angst vor diesem Gefühl, »auf einmal schutzlos« zu sein. Auch seine Freundin hat seitdem mitunter Unsicherheits- und Panikgefühle. Neben dem Paar gab es mindestens vier weitere Verletzte. Die Nazis flohen, nachdem eine Gruppe auftauchte und die Gegenstände zurück auf die Angreifer schleuderte.

Ermittlungen

Bei den Ermittlungen stellte sich heraus, dass die Angreifer aus dem Main-Kinzig-Kreis und Aschaffenburg der dortigen Polizei bestens bekannt waren. 14 Tage nach der Tat wurden Müllers Wohnung und Auto durchsucht, anwesend war auch Martina Heinz. Es wurden unter anderem Festplatten und fünf Mobiltelefone beschlagnahmt. Zwei der Telefone gehörten nicht Müller, sondern seiner Freundin und deren Tochter. In Müllers Auto wurde neben zahlreichen Flaschen auch das Stück Starkstromkabel gefunden, mit dem er in Halle zugeschlagen hatte. In seiner Wohnung wurden verbotene Waffen, Sprengstoff und »Polen-Böller« gefunden. Auch die politische Gesinnung von Müller sei nicht zu übersehen gewesen. »Vorsichtig gesagt, man hat gemerkt, dass das Interesse am Nationalsozialismus sehr groß ist«, fasste einer der Polizeibeamten angesichts der einschlägigen Devotionalien zusammen.

Der Ermittlungsführer der Polizei sagte aus, dass sie die beschlagnahmten Handys zur Auswertung bekamen, um sie nach Daten zu durchsuchen, die eventuelle Pläne und Absprachen offenlegen könnten. Man habe zunächst die Telefone von Heinz sowie ihrer Tochter ausgewertet und bei Heinz passende Protokolle gefunden. Müllers Handys seien dann nicht mehr relevant gewesen, weil bei ihm »die Kommunikation die gleiche, nur andersrum« wäre. Die zuständige Staatsanwältin meinte, er müsse sich die Arbeit nicht machen, da man im Prinzip alles habe, was man brauche. Bei der Auswertung von Heinz' Telefon fiel unter anderem auf, dass sie in Nachrichten gern mit »Heil Hitler« grüßte. Auch die zufriedene Nachricht, die sie auf der Rückfahrt geschrieben hatte, wurde gefunden. Deutlich pikanter ist jedoch einer ihrer Chats Anfang 2016. Dort fragte sie einen Bekannten bei der hessischen Polizei nach Informationen aus dem internen Polizeisystem über ihren Freund Müller. Diese erhielt sie ebenso wie zu einer weiteren Person. Der Beamte arbeitet mittlerweile in Niedersachsen und ist wegen Geheimnisverrats angeklagt.

Durchsuchungen bei den bekannt gewordenen Mittätern gab es im Laufe des Verfahrens nicht. Weder beim Halter des zweiten Fahrzeugs, Thomas S., der auch für die Kommunikation zwischen den Autos zuständig gewesen sein soll, noch bei Emanuel B. (26), wie S. aus dem Kreis Aschaffenburg, oder bei Andrew K. (23) aus Offenbach. Gegen alle drei wurde zeitweise als Beschuldigte ermittelt. Auch sie saßen während der Angriffe in den Fahrzeugen und waren erkennbar als »Aryans« in Halle gewesen. Im Prozess traten sie, wie die Neonazis Fabian R. (23) aus Offenbach und Dario C. (29) aus Schönebeck in Sachsen-Anhalt lediglich als Zeugen auf. Die zuständige Staatsanwältin klagte die Angriffe zunächst als »typisches Alltagsgeschäft« vor dem Amtsgericht Halle an, dessen Strafrahmen ausreichend sei. Die »Süddeutsche Zeitung« zitierte sie folgendermaßen: »Die von den Angeklagten gezeigte Aggressivität geht nicht über das hinaus, was bedauerlicherweise im Umfeld sogenannter politischer Veranstaltungen üblich ist.« Ihre Meinung zu den gefundenen Waffen und Devotionalien: »Die Ausgestaltung der eigenen vier Wände, sofern keine Außenwirkung eintritt, ist in der Bundesrepublik Deutschland jedem überlassen (...). Über Geschmack muss man bekanntlich nicht streiten.« Erst auf Initiative der Nebenklage wurde das Verfahren an das übergeordnete Landgericht verwiesen.

Prozess und Urteile

Am Landgericht Halle war man sich der politischen Tragweite der Taten wesentlich stärker bewusst. Das machte die Kammer mit ihren Urteilen und im Strafmaß deutlich. Auch der Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft betonte, er werte die gefährlichen Überfälle als verabredete politische Angriffe. Und es stand außer Frage, dass sich alle Beteiligten zweifelsfrei gemeinschaftlich schuldig gemacht hatten, auch wenn nur Müller und Heinz angeklagt wurden.

Carsten Müller wurde wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen zu einer Freiheitsstrafe von dreieinhalb Jahren verurteilt, Martina Heinz erhielt eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und zwei Wochen auf Bewährung. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Beide waren schon früher wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz und wegen verbotener Grußformeln nach § 86a des Strafgesetzbuches verurteilt worden. Für die Funde in seiner Wohnung wurde Müller wegen des Verstoßes gegen das Waffen- und das Sprengstoffgesetz verurteilt. Ein Teil dieser Strafen wurde in die nun gebildeten Gesamtstrafen einbezogen. Darüber hinaus gibt es ein Urteil vom Oktober 2018 gegen Müller wegen schwerer räuberischer Erpressung sowie länger zurückliegende Urteile wegen Diebstahls. Die Nebenklage kündigte weitere Verfahren an. Zum einen gegen alle fünf Neonazi-Zeugen für deren »durchgängige und dreiste, wahrheitswidrige Aussagen«. Zum zweiten können nun alle bekannt gewordenen Mitfahrer für die gemeinschaftlich begangenen Taten belangt werden. Das betrifft neben den fünf Zeugen auch noch Sven von K., Patrick R. und einen weiteren im Prozess als Mitfahrer benannten Mann.

#Tschechien

Erinnern und Verdrängen

Am Ort der heutigen Gedenkstätte »Hodonín u Kunštátu«, gut 70 Straßenkilometer von der zweitgrößten tschechischen Stadt Brno entfernt und kurz vor der Grenze zur Slowakei gelegen, befand sich zwischen 1939 und 1950 das Lager Hodonín mit seiner wechselvollen Geschichte. Zwischen 1942 und 1943 diente dieser Ort als »Zigeunerlager« im Rahmen der deutschen Besatzungsherrschaft.

von Igor Netz

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges lebten auf dem Gebiet des »Protektorats Böhmen und Mähren« 6.500 Rom*nja. Von ihnen überlebten nur knapp zehn Prozent den Völkermord. Ab August 1942 fungierten die beiden seit zwei Jahren bestehenden Zwangslager in Lety u Písku und Hodonín als »Zigeunerlager«. Diese waren anfangs als Arbeitslager für »Arbeitsscheue« gedacht, in denen Rom*nja anfangs zwischen zehn und zwölf Prozent der Inhaftierten ausmachten.

In Hodonín waren insgesamt 1.317 und in Lety u Pisku 1.308 Rom*nja inhaftiert. Auf der Grundlage der Verordnung zur »Bekämpfung der Zigeunerplage« vom 10. Juli 1942 wurden die tschechischen Rom*nja ab dem 2. August 1942 erkennungsdienstlich erfasst. Die Verordnung von 1942 bildet, dem Historiker Michael Zimmermann zufolge, »den Übergang von einer Zigeunerpolitik, die sich als Teilbereich einer rassenhygienisch motivierten Bekämpfung der ‹Asozialen› verstand, zu einer Verfolgung sui generis, die derjenigen des Reiches entsprechen und der dortigen rassistischen Klassifikation angepasst werden sollte«. Diese rassistische Klassifikation galt jedoch bereits spätestens mit dem von Dr. Hans Globke, dem späteren Kanzleramtschef von Konrad Adenauer, und SS-Obergruppenführer Wilhelm Stuckart verfassten Kommentar zu den Nürnberger Rassegesetzen. In dem »Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre«, dem »Reichsbürgergesetz« und dem »Reichsflaggengesetz« vom 15. September 1935 wurden Sinti*ze und Rom*nja nicht ausdrücklich erwähnt. Vor allem das »Blutschutzgesetz« richtet sich ausdrücklich gegen Jüdinnen und Juden. Dass Sinti*ze und Rom*nja jedoch nach der NS-Ideologie keine »Staatsbürger deutschen oder artverwandten Blutes« sind, wie es im Reichsbürgergesetz formuliert wird, präzisiert der Kommentar von Globke und Stuckart: »Artfremdes Blut ist alles Blut, das nicht deutsches Blut noch dem deutschen Blut verwandt ist. Artfremden Blutes sind in Europa regelmäßig nur die Juden und Zigeuner.«

In den Jahren 1942/43 wurden zahlreiche Rom*nja aus den beiden »Zigeunerlagern« nach Auschwitz deportiert. Der erste Transport aus Hodonín fand am 7. Dezember 1942 statt. Es folgte der »Auschwitz-erlass« von Heinrich Himmler vom 16. Dezember 1942, nach dem die »Einweisung« von Sinti*ze und Rom*nja »ohne Rücksicht auf den Mischlingsgrad familienweise in das Konzentrationslager (Zigeunerlager) Auschwitz« zu erfolgen hatte. Die letzte Verschleppung von Rom*nja aus Hodonín in das Vernichtungslager ist auf den 21. August 1943 datiert. Daher finden die jährlichen Erinnerungsfeierlichkeiten in Hodonín um dieses Datum herum statt.

Auf Bestehendem aufgebaut

Die Verfolgung und Ermordung der tschechischen Rom*nja durch die Nationalsozialisten traf auf eine Gesellschaft, in der diese bereits durch staatliche Gesetze und Maßnahmen diskriminiert wurden. Einen wesentlichen Rahmen hierfür bildete das tschechoslowakische Gesetz Nr. 117/27 vom 15. Juli 1927. Auf seiner Grundlage wurden »Zigeuner« oder Menschen, die »wie »Zigeuner leben« kriminaltechnisch mit ihren Daten und Fingerabdrücken erfasst. Die tschechoslowakische Gesetzgebung orientierte sich unter anderem an dem äußerst repressiven bayerischen »Gesetz zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen« von 1926. Initiiert wurde das Gesetz von Rudolf Beran, einem Abgeordneten der tschechoslowakischen »Agrarpartei«. Nach dem Münchner Abkommen wurde Beran tschechoslowakischer Ministerpräsident eines bereits autoritären Staates. In dieser Funktion blieb er bis in den April 1939. Eine weitere Besonderheit besteht darin, dass die Kommandanten und das Wachpersonal der »Zigeunerlager« Hodonín und Lety u Pisku Tschechen waren. Der Kommandant in Hodonín war seit 1940 Stefan Blahynka, sein Stellvertreter war Jan Sokl. Sie führten ein hartes und grausames Regime. Die Rom*nja mussten in den Lagern Zwangsarbeit unter härtesten Bedingungen und miserablen sanitären Verhältnissen verrichten. Bereits dabei starben Hunderte an Auszehrung und Erschöpfung. Wie andere Orte nationalsozialistischen Terrors erfuhr auch Hodoín eine Nachnutzung, die nicht nur von heute aus problematisch anmutet. So wurden hier 1945/46 Sudetendeutsche interniert und 1949/50 diente das Lager zur »Umerziehung« von RegimegegnerInnen. Später entstand am Ort des Lagers ein Ferien- und Freizeitcamp.

Assimilation und Antiziganismus

Zwar findet alljährlich auf dem ehemaligen Lagergelände nahe der Stadt Hodonín eine Gedenkzeremonie für die von hier zur Vernichtung nach Auschwitz deportierten Rom*nja statt. Insgesamt jedoch ist die Erinnerung an die ermordeten Rom*nja in der tschechischen Gesellschaft, nicht anders als in anderen europäischen Ländern, bis heute randständig. Der schwedische Historiker Tomas Sniegon vertritt die These, die tschechische Reaktion angesichts des Völkermords an

der Minderheit habe in einer Leugnung der Verfolgung von Sinti*ze und Rom*nja während des Zweiten Weltkriegs bestanden und tue dies immer noch. Diese Leugnung war zugleich ein Bestandteil der Verteidigung gegen die Anklage der tschechischen Beteiligung am Völkermord an der Minderheit.

Eine Erinnerung an den Völkermord war in der Nachkriegszeit kaum vorhanden. Noch weniger spielten die tschechischen Verstrickungen und die Mittäterschaft in den »Zigeunerlagern« eine Rolle. Vielmehr wirkten die antiziganistischen Ressentiments fort. Vor dem Hintergrund der universalistischen antifaschistischen Narrative blieb die Erinnerung an die deutsche Vernichtungspolitik gegen Jüdinnen und Juden, und in noch stärkerem Maß an die Ermordung der Sinti*ze und Rom*nja, in der staatssozialistischen ČSSR marginal. In der stalinistischen, beziehungsweise vom Stalinismus geprägten ČSR/ČSSR standen Rom*nja unter einem hohen staatlichen Assimilationsdruck, der darauf ausgerichtet war, deren Eigenständigkeit zu zerstören. So wurde den Rom*nja 1958 die fahrende Lebensweise per Gesetz verboten. Gleichzeitig existierten speziell auf Rom*nja gerichtete Sozialprogramme, weil die Minderheit als sozial schwache Gruppe ausgemacht wurde, die der staatlichen Hilfe bedürfe. Eine ambivalente Situation für die Rom*nja.

Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen brachte der »Prager Frühling« positive Veränderungen auch für die Rom*nja mit sich. Es war 1969 das erste Mal möglich, einen eigenen Verband in Brno unter dem Namen »Verband der Zigeuner-Roma« zu gründen, der vielfältige soziale und kulturelle Aktivitäten entfaltete. Im Jahr 1973 wurde der Verband allerdings bereits wieder aufgelöst – ein Symptom der Erstarrung der tschechischen Gesellschaft nach der Niederschlagung des »Prager Frühlings« durch sowjetische Truppen im August 1968.

Die Situation hat sich in den Jahren nach 1990 nicht gebessert und bis heute gibt es immer wieder Ausbrüche eines gewalttätigen Antiziganismus. So wurde in der tschechischen Stadt Klatovy im Februar 1991 ein von Rom*nja bewohntes Haus mehrere Tage lang angegriffen. Dabei wurden mehrere BewohnerInnen verletzt und der 21-jährige Emil Bendík zu Tode geschlagen. Allein im Jahr 1993 starben fünf Menschen durch rassistisch motivierte Gewalt. 2009 wurden durch einen Brandanschlag in Vítkov wiederum auf ein Haus, in dem Rom*nja lebten, drei Menschen verletzt. Darunter ein dreijähriges Mädchen, das schwerste Verbrennungen erlitt. Einen anderen traurigen Höhepunkt bildet das Jahr 2013, in dem mehrere pogromartige Überfälle auf Häuser und Wohnviertel von Rom*nja stattfanden.

Doch von Seiten der tschechischen Rom*nja gibt es zunehmend Gegenwehr, wie etwa durch die 2009 im nordböhmischen Ústí nad Labem von den beiden Aktivisten Miroslav Brož und Jozef Míker gegründete Rom*nja-Selbstorganisation »Konexe«, die in der Vergangenheit Mobilisierungen gegen Neonaziaufmärsche initiierte oder sich an ihnen beteiligte. Gegen den Vorsitzenden der rechten Partei »Svoboda a přímá demokracie« (»Freiheit und direkte Demokratie«, SPD), Tomio Okamura, erstattete Konexe im vergangenen Jahr Anzeige. Im Rahmen eines Interviews im Januar hatte Okamura behauptet, das »Zigeunerlager« in Lety u Piksu sei nicht umzäunt gewesen, die Internierten hätten sich dort frei bewegen können. Für Miroslav Brož von Konexe eine klare Relativierung des Völkermordes. Auch wenn sich Okurama im Nachhinein für seine Äußerung entschuldigte, haben antiziganistische Völkermordrelativierungen Konjunktur. Zudem sind derartige geschichtsrevisionistische Ausfälle bei Okamura kein Einzelfall. Bereits 2014 hatte er sich ähnlich geäußert. Auch sein Parteikollege Miloslav Rozner hatte bei einem nicht-öffentlichen Parteitag der SPD über Lety u Piksu als ein »nicht existentes Pseudo-Konzentrationslager« gesprochen.

Die Erinnerung und die Frage der Aufarbeitung des tschechischen Anteils am Völkermord sind bis heute brisant. Ein wichtiger Meilenstein dafür, dass eine Auseinandersetzung in Tschechien begonnen hat, ist dem amerikanischen Hobbyhistoriker Paul Polansky zu verdanken, der den tschechischen Staat der Vertuschung der Rom*nja-Vernichtung beschuldigte. Erst 2001 erhielten Rom*nja Entschädigungen, die in Tschechien bereits an jüdische Überlebende gezahlt wurden. Auf dem Gelände des ehemaligen Lagers Lety u Piksu befindet sich seit den 1970er Jahren eine Schweinemastanlage. Erst im vergangenen Jahr kaufte der tschechische Staat die Anlage auf, um auf dem Gelände eine Gedenkstätte zu errichten. Die Äußerung von Okamura steht in diesem Zusammenhang. Ohne die beharrliche Erinnerungsarbeit von Rom*nja, gemeinsam mit tschechischen und deutschen AktivistInnen, wäre wohl keine Änderung der Situation in greifbarer Nähe. Auch in Hodonín wird derzeit eine Gedenkstätte errichtet, die, wie auch in Lety u Piksu geplant, durch das »Muzeum romské kultury« (»Museum für Roma-Kultur«) in Brno getragen wird, das sich ebenfalls seit vielen Jahren für die Erinnerung an den Völkermord engagiert. Durch Einbeziehung des Museums ist eine grundlegende Vermittlungsarbeit gewährleistet. Eine tiefgreifende Auseinandersetzung der tschechischen Gesellschaft über Mittäterschaft, Kollaboration und den eigenen Antiziganismus steht bisher allerdings immer noch am Anfang.



Globaler Antisemitismus

von Sascha Schmidt

Mit seinem neuesten Buch »Globaler Antisemitismus« begibt sich der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn auf eine »Spurensuche in die Abgründe der Moderne«. Salzborn (Gastprofessor für Antisemitismusforschung am Zentrum für Antisemistismusforschung der TU Berlin) zielt darauf ab, die globale Entwicklung des Antisemitismus der letzten zwei Jahrzehnte zu analysieren und theoretisch zu erklären. Ausgangspunkt für Salzborns Betrachtung ist 9/11. In den Terroranschlägen aus dem Jahr 2001 sieht Salzborn den Versuch einer von »radikalen Islamist(innen)« initiierten antisemitischen Revolution und zugleich einen Kristallisationspunkt, der antidemokratische, antiaufklärerische Kräfte im Geist des Antisemitismus in der Folgezeit zusammengeführt und einen »Prozess der Entstehung einer antisemitischen Internationale(n)« ausgelöst habe. Nationalsozialistische, islamistische und linke Strömungen dominieren seitdem, so Salzborn, die globale antisemitische Agenda. Beispielhaft analysiert Salzborn antisemitische Ausdrucksformen der genannten Strömungen und zieht dabei immer wieder Parallelen zwischen diesen. Der Hass auf Israel erweise sich als zentrale ideologische Verbindungslinie, der Teile der eigentlich unterschiedlichen Strömungen dann und wann vereine. Dabei betont Salzborn, dass Antisemitismus innerhalb linker Bewegungen – anders als in der extremen Rechten und dem Islamismus – nicht »Kernelement linker Weltanschauung« sei, »sondern ganz im Gegenteil der Großteil der politischen Linken (...) durch die Kritik am Antisemitismus verbunden ist.« Linken Antisemitismus verortet Salzborn vor allem innerhalb antiimperialistischer Strömungen, als auch im Bereich postmoderner Identitätspolitik.

Weiterführend analysiert Salzborn die gesellschaftliche Verbreitung antisemitischer Einstellungen und Diskurse, wie sie beispielsweise im Bemühen um die Historisierung der Verbrechen des Nationalsozialismus und einer diesbezüglichen Schuldabwehr sowie im Kontext klassischer Verschwörungsphantasien zu beobachten seien. Abschließend begibt sich der Politikwissenschaftler – auch mittels »jüdischer Inspiration« – auf die Suche nach universalistischen Prinzipien, »um Perspektiven zu entwickeln, die die kognitive wie emotionale Inversion des Antisemitismus bekämpfen«. Samuel Salzborn legt ein sehr lesenswertes, anregendes und streitbares Buch vor. Seine überzeugenden Analysen zur Thematik leiden jedoch hier und da an einer zum Teil pauschalisierenden Zuschreibung an ganze politische Strömungen oder wissenschaftliche Theorieansätze.

Samuel Salzborn: Globaler Antisemitismus – Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne. Weinheim 2018, Beltz Verlag. 258 Seiten, 24,95 Euro



»Zielobjekt rechts. Wie die Stasi die westdeutsche Neonaziszene unterwanderte«

von Kai Budler

Hätte sich Arnulf Priem, Gründer der neonazistischen Rockergang »Vandalen« und bis in die 1990er Jahre bundesweit einer der wichtigsten Neonazi-Führer, als Informant für die Stasi verdingt? Eine Antwort auf die Frage steht aus, denn der Fall der Mauer stoppte auch die Versuche der Stasi, für Informationen in die Szene der westdeutschen DissidentInnengruppen und Neonazis einzudringen. Seit Ende der 1970er Jahre befasste sich eine eigene Abteilung im »Ministerium für Staatssicherheit« (MfS) ausschließlich mit der extremen Rechten in Westdeutschland. Den Anstoß dafür gab ein Anschlag auf die innerdeutschen Grenzanlagen im Kreis Meiningen in Thüringen in den 1970er Jahren, der von dem langjährigen NPD-Funktionär und Rechtsterroristen Peter Naumann begangen worden war. Den entscheidenden Hinweis auf Naumann gab ausgerechnet Odfried Hepp der Stasi, der sich dem Dienst kurz zuvor in Ost-Berlin angedient hatte. Nur kurze Zeit später formierte Hepp mit Walter Kexel die rechtsterroristische »Hepp-Kexel-Gruppe«, seiner Verhaftung entzog sich Hepp mit Hilfe der Stasi durch die Flucht nach Ost-Berlin. Für die Stasi war die Zusammenarbeit mit den Neonazis ein politisch heikles Unterfangen, für die Durchleuchtung der westdeutschen Szene nutzte sie zeitweise rund 100 Inoffizielle MitarbeiterInnen, etwa ein Fünftel davon stammte aus Westdeutschland. Viele aktive Neonazis stammten aus der DDR, waren dort im Gefängnis und wurden von der BRD freigekauft. Für Informationen über sie warb die Stasi Verwandte aus der DDR an, die damit auch erleichterte Reisebedingungen erhielten. So auch im Fall Priem, in dem der Vater laut Akten seinen Sohn fast dazu gebracht hatte, für die Stasi zu arbeiten – doch dann fiel die Mauer. Andreas Förster wertet in seinem Buch die überlieferten MfS-Akten aus und zeigt: der Stasi ging es bei der Beobachtung der westdeutschen Neonazi-Szene vor allem um antikommunistische Hetze als Gefahr für die DDR, nicht aber um die Gefahr des Rechtsterrorismus für Andersdenkende in der BRD. Nichtsdestotrotz zeichnet die Aktenlage auch ein Bild der mangelnden Anstrengungen westdeutscher Geheimdienste bei der Bekämpfung rechtsterroristischer Gefahren. Und die Akteneinsicht kann erheblich zur Aufklärung und Analyse des Rechtsterrors beitragen wie das Beispiel Oktoberfestattentat 1980 zeigt. Trotz des Wiederaufnahmeverfahrens sind die Akten des Verfassungsschutzes bis heute nicht geöffnet worden. Anders sieht es bei den Stasi-Unterlagen aus, die zur Aufklärung herangezogen werden können.

Andreas Förster: Zielobjekt rechts. Wie die Stasi die westdeutsche Neonaziszene unterwanderte. Berlin 2019, Ch. Links Verlag. 264 Seiten, 18,50 Euro.



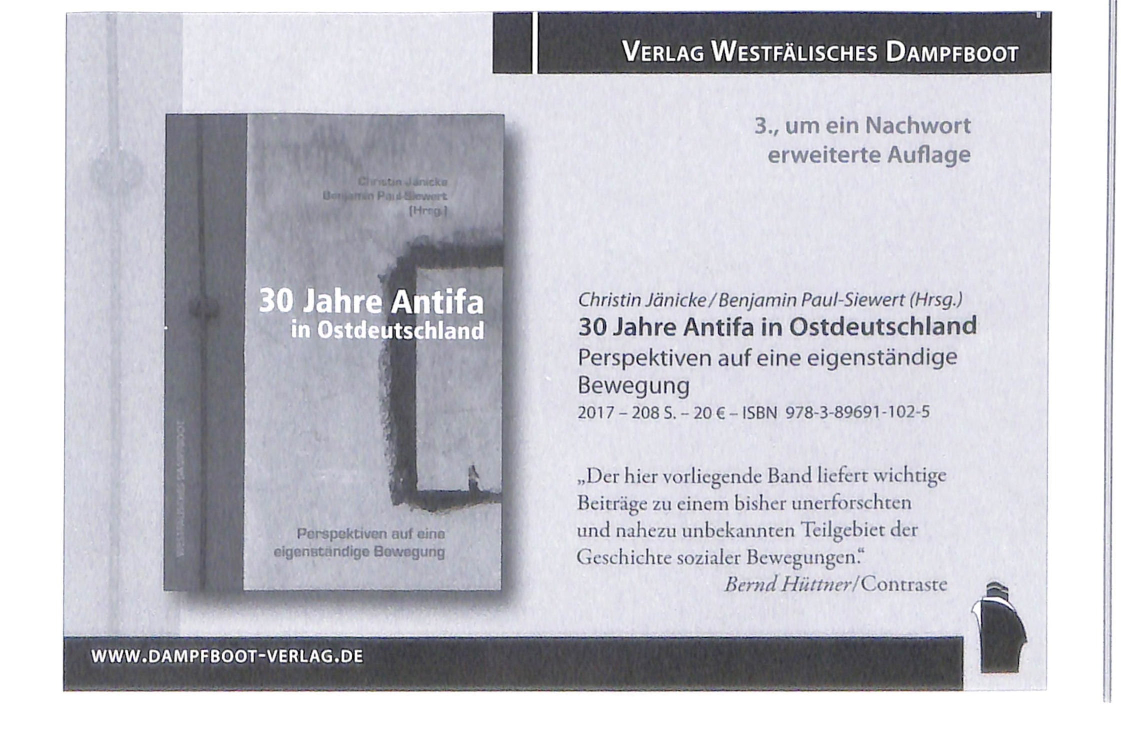
Rückhaltlose Aufklärung?

von Paul Wellsow

Ist parlamentarische Kontrolle von Geheimdiensten möglich und wo liegen deren Grenzen? Diesen Fragen gehen die HerausgeberInnen und 22 weitere AutorInnen des Sammelbandes nach. Auch wenn es ebenfalls um den NSA-Skandal oder um den dschihadistischen Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt geht, so steht die Aufklärung – oder: Nicht-Aufklärung – der rechtsterroristischen Mord- und Anschlagserie des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) im Mittelpunkt. »Das tödliche Staatsversagen bleibt bis heute unaufgeklärt«, schreibt die Vizepräsidentin des Bundestags, Petra Pau, im Vorwort. Die AutorInnen kommen aus Wissenschaft, Journalismus und Politik oder sind AnwältInnen und Aktive aus antifaschistischen Initiativen. Ihre Beiträge durchzieht meist ein kritischer Blick auf die Aufklärung; sie sei – so schreibt es prononciert der Journalist Dirk Laabs – »gescheitert« – nicht »auf ganzer Linie, aber doch bislang eindeutig.« In den Ausschüssen hätten Ministerien, Polizei, Geheimdienst und Neonazis blockiert. »Die großen Fragen bleiben. Aber viele Details konnten teils in minutiöser Arbeit aufgehellt werden«, resümiert der Journalist Martin Steinhagen die Aufklärung in Hessen. Ein Fazit, das übertragen werden kann, wie Beiträge zu Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen zeigen. Fehlende Akten, Verzögerungen, Sabotage oder merkwürdige Erinnerungslücken hätten sich überall gezeigt. Doch auch – darauf weist der Grünen-Politiker Christian Ströbele hin – durch mangelndes Ausschöpfen rechtlicher Instrumente seitens der Abgeordneten seien Möglichkeiten verschenkt worden.

Durch viele Beiträge zieht sich Kritik am Geheimdienst. Deren »Informanten strukturierten (...) aktiv die militante Szene und konnten auf Geld zurückgreifen, das sie erst von den Verfassungsschutzbehörden bekommen hatten«, kritisiert Laabs. Obwohl die Dienste die Szene infiltriert hatten, konnten sie die Taten nicht stoppen. Weitere Beiträge widmen sich den Grenzen parlamentarischer Informationsrechte zu Hintergründen des Oktoberfest-Attentats oder der Bilanz der Prozess- und Ausschussbeobachtung durch »NSU-Watch«. Der Wert des Buches ist, die Arbeit der parlamentarischen Gremien zu vergleichen und ihre Möglichkeiten und Grenzen zur Aufklärung zu untersuchen. Zur Vorbereitung künftiger Untersuchungsausschüsse und deren Begleitung liefert das Buch Anregungen.

Hoff, Benjamin-Immanuel / Kleffner, Heike / Pichl, Maximilian / Renner, Martina (Hg.): Rückhaltlose Aufklärung? NSU, NSA, BND – Geheimdienste und Untersuchungsausschüsse zwischen Staatsversagen und Staatswohl. Hamburg 2019, VSA Verlag. 272 Seiten, 19,80 Euro.



Im Abo erhältlich
6 x im Jahr

Magazin von und für AntifaschistInnen

#derrechterand
Twitter
Facebook

www.der-rechte-rand.de

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 1, 4, 10, 11, 20)
Marian Ramaswamy (Seite 6)
Kai Budler (Seiten 8, 19 (2))
Christian Ditsch (Seite 12)
Endstation Rechts (Seite 14)
@derrechterand Archiv (Seiten 16, 23)
Roland Geisheimer / attenzione (Seite 18)
thueringenrechtsaussen (Seite 19)
Robert-Andreasch (Seite 25)
Stephanie Heide (Seite 26)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
Erscheinungsweise: 6x im Jahr